

Diskussionsbeitrag zur

# SGB VIII Reform

erstellt von :

- down-up! Einzelfallpädagogik gGmbH
- imBlick Kinder- und Jugendhilfe gGmbH
- Projekt Husky GmbH
- Stiftung Leuchtfener
- Tacheles Jugendhilfe GmbH
- WIP e.V.  
Wuppertaler Individualpädagogische Projekte
- Wellenbrecher e.V.
- WIR Kinder- und Jugendhilfe gGmbH

Diskussionsstand: 08.10.2018

---

Dieser Diskussionsbeitrag wird unterstützt von:



AIM – Bundesarbeitsgemeinschaft Individualpädagogik e.V.



Bundesverband Individual- und Erlebnispädagogik e.V.

## **Vorwort:**

Das vorliegende Papier wurde erstellt, um einen Diskussionsbeitrag aus dem Blickwinkel der Individualpädagogik zu leisten. Dabei wurde besonders Wert darauf gelegt, dass stationäre individualpädagogische (im In- und Ausland) und familienanaloge Angebote unter dem „Dach“ eines Einrichtungsträgers angemessen im Rahmen des Erlaubnisvorbehaltes gem. § 45, bei der Prüfung gem. § 46 und insbesondere bei der Legaldefinition des Einrichtungsbegriffes gem. § 45a (Entwurf) bzw. im § 7 (eigener Entwurf) berücksichtigt werden. Darüber hinaus werden punktuell zu einigen Paragrafen und insbesondere zum Anwendungsbereich der Entgeltfinanzierung gem. § 78a Vorschläge unterbreitet.

An der Erstellung dieses Diskussionsbeitrages haben mitgewirkt:

### **down-up! Einzelfallpädagogik gGmbH:**

Benedikt Siegler (Geschäftsführer)

### **imBlick Kinder- und Jugendhilfe gGmbH:**

Steffi Jöst (Geschäftsführerin)

### **Projekt Husky GmbH:**

Eva Felka (Geschäftsführerin)

### **Stiftung Leuchtfeuer:**

Michael Krause (Vorstand)

### **Tacheles Jugendhilfe GmbH:**

Michael Brendt (Geschäftsführer)

### **WIP e.V. Wuppertaler Individualpädagogische Projekte:**

Uwe Fröhlich (Geschäftsführer),

Julia Anzalone (Bereichsleiterin TEW),

Sven Riegler (Bereichsleiter TEW)

### **Wellenbrecher e.V.:**

Dr. Anja Kolburg (Assistenz der Geschäftsführung),

Jochen Glörfeld (geschäftsführender Vorstand),

Wolfgang Müller (geschäftsführender Vorstand)

### **WIR Kinder- und Jugendhilfe gGmbH:**

Peter Pesch (Geschäftsführer)

Beratend unterstützend haben weiterhin mitgewirkt:

Jürgen Wahl (Rechtsanwalt) und

Stefan Prange (Beratung für die Sozialwirtschaft)

Alle Angaben sind ohne Gewähr.

Diskussionsstand: 08.10.2018

---

Dieser Diskussionsbeitrag wird unterstützt von:



AIM – Bundesarbeitsgemeinschaft Individualpädagogik e.V.



Bundesverband Individual- und Erlebnispädagogik e.V.

## Inhalt

<b>§ 1 Recht auf Hilfe zur Erziehung, Elternverantwortung, Jugendhilfe .....</b>	<b>1</b>
<b>§ 2 Aufgaben der Jugendhilfe.....</b>	<b>2</b>
<b>§ 7 Begriffsbestimmung .....</b>	<b>4</b>
<b>§ 8 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.....</b>	<b>7</b>
<b>§ 8a Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung .....</b>	<b>8</b>
<b>§ 9 Grundrichtung der Erziehung, Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen.....</b>	<b>9</b>
<b>§ 9a Ombudsstellen.....</b>	<b>10</b>
<b>§ 14 Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz .....</b>	<b>10</b>
<b>§ 22 Grundsätze der Förderung.....</b>	<b>12</b>
<b>§ 22a Förderung in Tageseinrichtungen .....</b>	<b>14</b>
<b>§ 23 Förderung in Kindertagespflege .....</b>	<b>16</b>
<b>§ 24 Anspruch auf Förderung in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege.....</b>	<b>17</b>
<b>§ 24a Berichtspflicht.....</b>	<b>18</b>
<b>§ 27 Hilfe zur Erziehung .....</b>	<b>18</b>
<b>§ 35a Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit seelischer Behinderung oder drohender Behinderung .....</b>	<b>21</b>
<b>§ 36 Mitwirkung, Hilfeplan.....</b>	<b>24</b>
<b>Neu: § 36b Zusammenarbeit beim Zuständigkeitsübergang .....</b>	<b>26</b>
<b>Neu: § 36c Zulässigkeit von Auslandsmaßnahmen .....</b>	<b>27</b>

<b>§ 45 Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung</b> .....	29
<b>§ 45a Einrichtung</b> .....	35
<b>§ 46 Prüfung</b> .....	36
<b>§ 47 Meldepflichten</b> .....	38
<b>§ 50 Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten</b> .....	39
<b>§ 52 Mitwirkung in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz</b> .....	40
<b>§ 72a Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen</b> .....	44
<b>§ 78 Vereinbarungen über die Höhe der Kosten</b> .....	45
<b>§ 76 Arbeitsgemeinschaften</b> .....	46
<b>§ 78a Anwendungsbereich der Entgeltfinanzierung</b> .....	47
<b>§ 78b Voraussetzungen für die Übernahme des Leistungsentgelts</b> .....	49
<b>§ 78f Rahmenverträge</b> .....	51

<b>SGB VIII</b> <b>(aktuell gültiger Gesetzestext)</b>	<b>Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017</b>	<b>Vorschlag</b> <b>in Rot = Entwurf v. 27.06.2017</b> <b>in Orange = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 (kursiv)</b> <b>in Blau = eigener Vorschlag</b>	<b>Kommentar</b>
---	--	--	------------------

<p><b>§ 1 Recht auf Erziehung, Elternverantwortung, Jugendhilfe</b></p> <p>(1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.</p> <p>(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.</p> <p>(3) Jugendhilfe soll zur Verwirklichung</p>	<p><b>§ 1 Recht auf Erziehung, Elternverantwortung, Jugendhilfe</b></p> <p>(1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.</p> <p>(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.</p> <p>(3) Jugendhilfe soll zur Verwirklichung</p>	<p><b>§ 1 Recht auf Hilfe zur Erziehung, Elternverantwortung, Jugendhilfe</b></p> <p>(1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung, <i>Teilhabe am Leben</i> und auf Erziehung zu einer <i>möglichst selbstbestimmten</i> eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.</p> <p>(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.</p> <p><i>(3) Ein junger Mensch hat Teil an der Gesellschaft, wenn er in alle ihn betreffenden Lebensbereiche einbezogen ist; dies ist der Fall, wenn er entsprechend seines Alters und seinen individuellen Fähigkeiten Zugang zu allen ihn betreffenden Lebensbereichen hat, die Möglichkeit hat, in diesen Lebensbereichen selbstbestimmt zu interagieren, sowie die Möglichkeit zur Interaktion in einem seinen Fähigkeiten entsprechendem Mindestmaß wahrnimmt. (Teilhabe am Leben)</i></p>	<p>Das Recht auf Hilfe zur Erziehung sollte insbesondere unter Berücksichtigung der «Großen Lösung» in §1 aufgeführt werden, damit nicht nur Leistungen definiert werden, sondern auch der Anspruch der Eltern/Sorgeberechtigten erfasst ist.</p> <p>Im Auge zu behalten ist die politische Diskussion um die Sozialraumorientierung. Im letzten Entwurf wurde diese gestrichen. Wir begrüßen die Stärkung sozialraumorientierter Modelle, diese sollten jedoch nicht in Konkurrenz zum individuellen Anspruch stehen.</p> <p>ggf. Überschrift durch „Teilhabe am Leben“ ergänzen</p>
--	--	--	---

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	--	-----------

<p>des Rechts nach Absatz 1 insbesondere</p> <p>1. junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen,</p> <p>2. Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung beraten und unterstützen,</p> <p>3. Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl schützen,</p> <p>4. dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.</p> <p><b>§ 2 Aufgaben der Jugendhilfe</b> (1) Die Jugendhilfe umfasst Leistungen</p>	<p>des Rechts nach Absatz 1 insbesondere</p> <p>1. junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen,</p> <p>2. Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung beraten und unterstützen,</p> <p>3. Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl schützen,</p> <p>4. dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.</p> <p><b>§ 2 Aufgaben der Jugendhilfe</b> (1) Die Jugendhilfe umfasst Leistungen</p>	<p><del>(3)</del> (4) Jugendhilfe soll zur Verwirklichung des Rechts nach Absatz 1 insbesondere</p> <p>1. junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern, <i>ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft ermöglichen oder erleichtern</i> und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen,</p> <p>2. Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung beraten und unterstützen,</p> <p>3. Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl schützen,</p> <p>4. dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien <del>sowie</del>, eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu <i>schaffen sowie Inklusion für alle jungen Menschen zu verwirklichen</i>.</p> <p><i>5. unabhängige und fachlich nicht weisungsgebundene ombudtschaftliche Beratung und Begleitung für junge Menschen und ihre Familien ermöglichen.</i></p> <p><b>§ 2 Aufgaben der Jugendhilfe</b> (1) Die Jugendhilfe umfasst Leistungen</p>	
---	---	---	--

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Geszentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	---------------------------------	--	-----------

<p>und andere Aufgaben zugunsten junger Menschen und Familien. (2) Leistungen der Jugendhilfe sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Angebote der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes (§§ 11 bis 14),</li> <li>2. Angebote zur Förderung der Erziehung in der Familie (§§ 16 bis 21),</li> <li>3. Angebote zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege (§§ 22 bis 25),</li> <li>4. Hilfe zur Erziehung und ergänzende Leistungen (§§ 27 bis 35, 36, 37, 39, 40),</li> <li>5. Hilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche und ergänzende Leistungen (§§ 35a bis 37, 39, 40),</li> <li>6. Hilfe für junge Volljährige und Nachbetreuung (§ 41).</li> </ol> <p>(2) .....</p>	<p>und andere Aufgaben zugunsten junger Menschen und Familien. (2) Leistungen der Jugendhilfe sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Angebote der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes (§§ 11 bis 14),</li> <li>2. Angebote zur Förderung der Erziehung in der Familie (§§ 16 bis 21),</li> <li>3. Angebote zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in <b>Kinder</b>tagespflege (§§ 22 bis 25),</li> <li>4. Hilfe zur Erziehung und ergänzende Leistungen (§§ 27 bis 35, 36, 37, 39, 40),</li> <li>5. Hilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche und ergänzende Leistungen (§§ 35a bis 37, 39, 40),</li> <li>6. Hilfe für junge Volljährige und Nachbetreuung (§ 41).</li> </ol> <p>(2) .....</p>	<p>gen und andere Aufgaben zugunsten junger Menschen und Familien. (2) Leistungen der Jugendhilfe sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Angebote der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes (§§ 11 bis 14),</li> <li>2. Angebote zur Förderung der Erziehung in der Familie (§§ 16 bis 21),</li> <li>3. Angebote zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in <b>Kindertages</b>pflege (§§ 22 bis 25),</li> <li>4. Hilfe zur Erziehung und ergänzende Leistungen (§§ 27 bis 35, 36, 37, 39, 40),</li> <li>5. Hilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche und ergänzende Leistungen (§§ 35a bis 37, 39, 40),</li> <li>6. Hilfe für junge Volljährige und Nachbetreuung (§ 41).</li> </ol> <p>(2) .....</p>	
---	--	--	--

<b>SGB VIII</b> <b>(aktuell gültiger Gesetzestext)</b>	<b>Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017</b>	<b>Vorschlag</b> <b>in Rot = Entwurf v. 27.06.2017</b> <b>in Orange = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 (kursiv)</b> <b>in Blau = eigener Vorschlag</b>	<b>Kommentar</b>
---	--	--	------------------

<p><b>§7 Begriffsbestimmungen</b></p> <p>(1) Im Sinne dieses Buches ist</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Kind, wer noch nicht 14 Jahre alt ist, soweit nicht die Absätze 2 bis 4 etwas anderes bestimmen,</li> <li>2. Jugendlicher, wer 14, aber noch nicht 18 Jahre alt ist,</li> <li>3. junger Volljähriger, wer 18, aber noch nicht 27 Jahre alt ist,</li> <li>4. junger Mensch, wer noch nicht 27 Jahre alt ist,</li> <li>5. Personensorgeberechtigter, wem allein oder gemeinsam mit einer anderen Person nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Personensorge zusteht, Erziehungsberechtigter, der Personensorgeberechtigte und jede sonstige Person über 18 Jahre, soweit sie aufgrund einer Vereinbarung mit dem Personensorgeberechtigten nicht nur vorübergehend und nicht nur für einzelne Verrichtungen Aufgaben der Personensorge wahrnimmt.</li> </ol> <p>(2) Kind im Sinne des § 1 Abs. 2 ist, wer noch nicht 18 Jahre alt ist.</p> <p>(3) Werktage im Sinne der 42a bis 42c sind die Wochentage Montag bis Freitag; ausgenommen sind gesetzliche Feiertage.</p>	<p><b>§7 Begriffsbestimmungen</b></p> <p>(1) Im Sinne dieses Buches ist</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Kind, wer noch nicht 14 Jahre alt ist, soweit nicht die Absätze 2 bis 4 etwas anderes bestimmen,</li> <li>2. Jugendlicher, wer 14, aber noch nicht 18 Jahre alt ist,</li> <li>3. junger Volljähriger, wer 18, aber noch nicht 27 Jahre alt ist,</li> <li>4. junger Mensch, wer noch nicht 27 Jahre alt ist,</li> <li>5. Personensorgeberechtigter, wem allein oder gemeinsam mit einer anderen Person nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Personensorge zusteht, Erziehungsberechtigter, der Personensorgeberechtigte und jede sonstige Person über 18 Jahre, soweit sie aufgrund einer Vereinbarung mit dem Personensorgeberechtigten nicht nur vorübergehend und nicht nur für einzelne Verrichtungen Aufgaben der Personensorge wahrnimmt.</li> </ol> <p>(2) Kind im Sinne des § 1 Abs. 2 ist, wer noch nicht 18 Jahre alt ist.</p> <p>(3) Werktage im Sinne der 42a bis 42c sind die Wochentage Montag bis Freitag; ausgenommen sind gesetzliche Feiertage.</p> <p>(4) Die Bestimmungen dieses Buches, die sich auf die Annahme als Kind</p>	<p><b>§ 7 Begriffsbestimmung</b></p> <p>(1) Im Sinne dieses Buches ist</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Kind, wer noch nicht 14 Jahre alt ist, soweit nicht die Absätze 2 bis 4 etwas anderes bestimmen,</li> <li>2. Jugendlicher, wer 14, aber noch nicht 18 Jahre alt ist,</li> <li>3. junger Volljähriger, wer 18, aber noch nicht 27 Jahre alt ist,</li> <li>4. junger Mensch, wer noch nicht 27 Jahre alt ist,</li> <li>5. Personensorgeberechtigter, wem allein oder gemeinsam mit einer anderen Person nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Personensorge zusteht, Erziehungsberechtigter, der Personensorgeberechtigte und jede sonstige Person über 18 Jahre, soweit sie aufgrund einer Vereinbarung mit dem Personensorgeberechtigten nicht nur vorübergehend und nicht nur für einzelne Verrichtungen Aufgaben der Personensorge wahrnimmt.</li> </ol> <p>(2) Kind im Sinne des § 1 Abs. 2 ist, wer noch nicht 18 Jahre alt ist.</p> <p>(3) Werktage im Sinne der 42a bis 42c sind die Wochentage Montag bis Freitag; ausgenommen sind gesetzliche Feiertage.</p> <p>(4) Die Bestimmungen dieses Buches, die sich auf die Annahme als Kind</p>	<p>In § 7 müsste noch eine Begriffsbestimmung für Leistungen zur Teilhabe und Hilfe zur Erziehung nach Möglichkeit unter einem Oberbegriff, vorgenommen werden – ggf. sind dann weitere Änderungen im Gesetz notwendig/sinnvoll, z.B. in § 27 eine neue Überschrift</p>
--	---	--	---

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 (kursiv) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	---	-----------

<p>(4) Die Bestimmungen dieses Buches, die sich auf die Annahme als Kind beziehen, gelten nur für Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.</p>	<p>beziehen, gelten nur für Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.</p> <p><b>geregelt in: §45a Einrichtung</b></p> <p>(1) Eine Einrichtung ist eine auf gewisse Dauer angelegte förmliche Verbindung ortsgebundener räumlicher, personeller und sächlicher Mittel mit dem Zweck der ganztägigen oder über einen Teil des Tages erfolgenden Unterkunftsgewährung sowie Betreuung, Beaufsichtigung, Erziehung, Bildung, Ausbildung von Kindern und Jugendlichen außerhalb ihrer Familie, wenn der Bestand unabhängig von bestimmten Kindern und Jugendlichen, den dort tätigen Personen und der Zuordnung bestimmter Kinder und Jugendlicher zu bestimmten dort tätigen Personen ist.</p>	<p>beziehen, gelten nur für Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.</p> <p>(5) Eine Einrichtung ist eine auf gewisse Dauer angelegte <del>förmliche</del> formelle Verbindung ortsgebundener <del>zentral</del> oder <del>dezentral</del> räumlicher, personeller und sächlicher Mittel mit dem Zweck der ganztägigen oder über einen Teil des Tages erfolgenden Unterkunftsgewährung sowie Betreuung, Beaufsichtigung, Erziehung, Bildung, Ausbildung von Kindern und Jugendlichen außerhalb ihrer Familie, wenn der Bestand unabhängig von bestimmten Kindern <del>und Jugendlichen, und den dort tätigen Personen und der Zuordnung bestimmter Kinder und Jugendlicher zu bestimmten dort tätigen Personen ist.</del> Leistungsangebote im Sinne der Kindertagespflege (§ 23 SGB VIII) und der Vollzeitpflege (§ 33 SGB VIII) gelten</p>	<p>Eine <b>Legaldefinition des Begriffs „Einrichtung“</b> ist dringend notwendig, da es seit Langem dazu in der Praxis Unsicherheiten gibt, und das BSG im Bereich der Eingliederungshilfe den Einrichtungsbegriff strenger auslegt. Fragwürdig ist die systematische Platzierung in der Entwurfsfassung, nämlich im Anschluss an Detailregelungen im § 45. Der richtige Ort ist der § 7, da der Begriff allgemeingültig für das SGB VIII verbindlich geregelt werden soll.</p> <p>„Förmlich“ meint eher „bestimmten Manieren“ verpflichtet sein – hier geht es aber um eine formelle, an Normen und Gesetze gebundene Verbindung. Mit der Ergänzung „zentral und dezentral“ soll klargestellt werden, dass eine Einrichtung i.S. dieser Vorschrift auch ein Gebilde von dezentralen Einrichtungsteilen sein kann, das als organisatorisches Ganzes als eine Einrichtung gilt.</p> <p>Es bedarf der Streichung und der Ergänzungen, um eine ungewollte missverständliche Interpretation vorzubeugen, nämlich dass familienanaloge Angebote (wie z.B. sozialpädagogische Lebensgemeinschaften, individualpä-</p>
--	---	--	---

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
		<p>nicht als Einrichtungen im Sinne dieser Vorschrift.</p> <p>(6) Der Sitz einer Einrichtung mit dezentralen Organisationseinheiten ist der Ort, von dem sie gemäß Absatz (5) gelenkt wird.</p>	<p>dagogische Betreuungsstellen, oft genannte sogenannte Erziehungsstellen), die unter dem „Dach“ eines Einrichtungsträgers betrieben werden, und die keine Leistungsangebote der Kinderpflege oder Vollzeitpflege sind, zum Wohle der jungen Menschen weiterhin dem Erlaubnisvorbehalt i.S. des § 45 SGB VIII unterliegen. Zudem soll klargestellt werden, dass die Angebote durch das „Vorliegen“ des Kriteriums „Einrichtung“ i.V.m. Maßnahmen gem. § 34, oder gem. §§ 35, 35a i.V.m. § 34 in den stationären Regelungsbereich zum Abschluss der Leistungs-, Qualitätsentwicklungs- und Entgeltvereinbarung fallen. Erst mit dem Blick auf das Ganze ist das Handeln hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Leistungsfähigkeit und Sparsamkeit zu beurteilen, ist zu prüfen, ob die Personalschlüssel angemessen sind etc.</p>

<b>SGB VIII</b> <b>(aktuell gültiger Gesetzestext)</b>	<b>Geszentwurf SGB VIII 27.06.2017</b>	<b>Vorschlag</b> <b>in Rot = Entwurf v. 27.06.2017</b> <b>in Orange = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 (kursiv)</b> <b>in Blau = eigener Vorschlag</b>	<b>Kommentar</b>
---	--	--	------------------

<p><b>§ 8 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen</b></p> <p>(1) Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen. Sie sind in geeigneter Weise auf ihre Rechte im Verwaltungsverfahren sowie im Verfahren vor dem Familiengericht, dem Vormundschaftsgericht und dem Verwaltungsgericht hinzuweisen.</p> <p>(2) Kinder und Jugendliche haben das Recht, sich in allen Angelegenheiten der Erziehung und Entwicklung an das Jugendamt zu wenden.</p> <p>(3) Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf Beratung ohne Kenntnis des Personensorgeberechtigten wenn die Beratung auf Grund einer Not- und Konfliktlage erforderlich ist und solange durch die Mitteilung an den Personensorgeberechtigten der Beratungszweck vereitelt würde. § 36 des Ersten Buches bleibt unberührt.</p>	<p><b>§ 8 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen</b></p> <p>(1) Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen. Sie sind in geeigneter Weise auf ihre Rechte im Verwaltungsverfahren sowie im Verfahren vor dem Familiengericht, dem Vormundschaftsgericht und dem Verwaltungsgericht hinzuweisen.</p> <p>(2) Kinder und Jugendliche haben das Recht, sich in allen Angelegenheiten der Erziehung und Entwicklung an das Jugendamt zu wenden.</p> <p>(3) Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf Beratung ohne Kenntnis des Personensorgeberechtigten <del>wenn die Beratung auf Grund einer Not- und Konfliktlage erforderlich ist</del> und solange durch die Mitteilung an den Personensorgeberechtigten der Beratungszweck vereitelt würde. § 36 des Ersten Buches bleibt unberührt.</p>	<p><b>§ 8 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen</b></p> <p>(1) Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen. Sie sind in geeigneter Weise auf ihre Rechte im Verwaltungsverfahren sowie im Verfahren vor dem Familiengericht, dem Vormundschaftsgericht und dem Verwaltungsgericht hinzuweisen.</p> <p>(2) Kinder und Jugendliche haben das Recht, sich in allen Angelegenheiten der Erziehung und Entwicklung an das Jugendamt zu wenden.</p> <p>(3) Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf Beratung ohne Kenntnis des Personensorgeberechtigten <del>wenn die Beratung auf Grund einer Not- und Konfliktlage erforderlich ist</del> und solange durch die Mitteilung an den Personensorgeberechtigten der Beratungszweck vereitelt würde. § 36 des Ersten Buches bleibt unberührt.</p>	
---	--	--	--

<b>SGB VIII</b> <b>(aktuell gültiger Gesetzestext)</b>	<b>Geszentwurf SGB VIII 27.06.2017</b>	<b>Vorschlag</b> <b>in Rot = Entwurf v. 27.06.2017</b> <b>in Orange = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 (kursiv)</b> <b>in Blau = eigener Vorschlag</b>	<b>Kommentar</b>
---	--	--	------------------

<p><b>§ 8a Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung</b></p> <p>(1) Werden dem Jugendamt gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt, so hat es das Gefährdungsrisiko im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte einzuschätzen. Soweit der wirksame Schutz dieses Kindes oder dieses Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird, hat das Jugendamt die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder den Jugendlichen in die Gefährdungseinschätzung einzubeziehen und, sofern dies nach fachlicher Einschätzung erforderlich ist, sich dabei einen unmittelbaren Eindruck von dem Kind und von seiner persönlichen Umgebung zu verschaffen.</p> <p>Hält das Jugendamt zur Abwendung der Gefährdung die Gewährung von Hilfen für geeignet und notwendig, so hat es diese den Erziehungsberechtigten anzubieten.</p>	<p><b>§ 8a Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung</b></p> <p>(1) Werden dem Jugendamt gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt, so hat es das Gefährdungsrisiko im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte einzuschätzen. Soweit der wirksame Schutz dieses Kindes oder dieses Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird, hat das Jugendamt die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder den Jugendlichen in die Gefährdungseinschätzung einzubeziehen und, sofern dies nach fachlicher Einschätzung erforderlich ist,</p> <p>1. sich dabei einen unmittelbaren Eindruck von dem Kind und von seiner persönlichen Umgebung zu verschaffen <b>sowie</b></p> <p>2. <b>Personen nach § 4 Absatz 1 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz, die dem Jugendamt nach § 4 Absatz 3 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz Daten übermittelt haben, in geeigneter Weise an der Gefährdungseinschätzung zu beteiligen.</b></p> <p>Hält das Jugendamt zur Abwendung der Gefährdung die Gewährung von Hilfen für geeignet und notwendig, so hat es diese den Erziehungsberechtigten anzubieten.</p>	<p><b>§ 8a Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung</b></p> <p>(1) Werden dem Jugendamt gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt, so hat es das Gefährdungsrisiko im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte einzuschätzen. Soweit der wirksame Schutz dieses Kindes oder dieses Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird, hat das Jugendamt die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder den Jugendlichen in die Gefährdungseinschätzung einzubeziehen und, sofern dies nach fachlicher Einschätzung erforderlich ist,</p> <p>1. sich dabei einen unmittelbaren Eindruck von dem Kind und von seiner persönlichen Umgebung zu verschaffen <b>sowie</b></p> <p>2. <b>Personen nach § 4 Absatz 1 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz, die dem Jugendamt nach § 4 Absatz 3 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz Daten übermittelt haben, in geeigneter Weise an der Gefährdungseinschätzung zu beteiligen.</b></p> <p>Hält das Jugendamt zur Abwendung der Gefährdung die Gewährung von Hilfen für geeignet und notwendig, so hat es diese den Erziehungsberechtigten anzubieten.</p>	
--	--	--	--

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	--	-----------

(2-5) (...)	(2-5) (...)	(2-5) (...)	
<p><b>§ 9 Grundrichtung der Erziehung, Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen</b></p> <p>Bei der Ausgestaltung der Leistungen und der Erfüllung der Aufgaben sind</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die von den Personensorgeberechtigten bestimmte Grundrichtung der Erziehung sowie die Rechte der Personensorgeberechtigten und des Kindes oder des Jugendlichen bei der Bestimmung der religiösen Erziehung zu beachten,</li> <li>2. die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis des Kindes oder des Jugendlichen zu selbständigem, verantwortungsbewusstem Handeln sowie die jeweiligen besonderen sozialen und kulturellen Bedürfnisse und Eigenarten junger Menschen und ihrer Familien zu berücksichtigen,</li> <li>3. die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen, Benachteiligungen abzubauen und die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen zu fördern.</li> </ol>	<p><b>§ 9 Grundrichtung der Erziehung, Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen</b></p> <p>Bei der Ausgestaltung der Leistungen und der Erfüllung der Aufgaben sind</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die von den Personensorgeberechtigten bestimmte Grundrichtung der Erziehung sowie die Rechte der Personensorgeberechtigten und des Kindes oder des Jugendlichen bei der Bestimmung der religiösen Erziehung zu beachten,</li> <li>2. die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis des Kindes oder des Jugendlichen zu selbständigem, verantwortungsbewusstem Handeln sowie die jeweiligen besonderen sozialen und kulturellen Bedürfnisse und Eigenarten junger Menschen und ihrer Familien zu berücksichtigen,</li> <li>3. die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen, <b>die gleichberechtigte Teilhabe von jungen Menschen mit und ohne Behinderungen umzusetzen</b> und vorhandene Barrieren und Benachteiligungen abzubauen und die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen zu fördern</li> </ol>	<p><b>§ 9 Grundrichtung der Erziehung, Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen</b></p> <p>Bei der Ausgestaltung der Leistungen und der Erfüllung der Aufgaben sind</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die von den Personensorgeberechtigten bestimmte Grundrichtung der Erziehung sowie die Rechte der Personensorgeberechtigten und des Kindes oder des Jugendlichen bei der Bestimmung der religiösen Erziehung zu beachten,</li> <li>2. die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis des Kindes oder des Jugendlichen zu selbständigem, verantwortungsbewusstem Handeln sowie die jeweiligen besonderen sozialen und kulturellen Bedürfnisse und Eigenarten junger Menschen und ihrer Familien zu berücksichtigen,</li> <li>3. die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen, <b>die gleichberechtigte Teilhabe von jungen Menschen mit und ohne Behinderungen umzusetzen</b> und vorhandene Barrieren und Benachteiligungen abzubauen und die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen zu fördern</li> </ol>	

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	--	-----------

	<p><b>§ 9a Ombudsstellen</b> Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe kann eine ombudtschaftliche Beratungs- und Schlichtungsstelle errichten, an die sich junge Menschen und ihre Familien zur allgemeinen Beratung sowie Vermittlung und Klärung von Konflikten im Zusammenhang mit Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe nach § 2 und deren Wahrnehmung durch die öffentliche und freie Jugendhilfe wenden können.“</p>	<p><b>§ 9a Ombudsstellen</b> Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe <del>kann</del> <b>soll</b> eine ombudtschaftliche Beratungs- und Schlichtungsstelle errichten, an die sich junge Menschen und ihre Familien zur allgemeinen Beratung sowie Vermittlung und Klärung von Konflikten im Zusammenhang mit Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe nach § 2 und deren Wahrnehmung durch die öffentliche und freie Jugendhilfe wenden können.“</p>	
<p><b>§ 14 Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz</b> (1) Jungen Menschen und Erziehungsberechtigten sollen Angebote des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes gemacht werden.  (2) Die Maßnahmen sollen 1. junge Menschen befähigen, sich vor gefährdenden Einflüssen zu schützen und sie zu Kritikfähigkeit,</p>	<p><b>§ 14 Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz</b> (1) Jungen Menschen und Erziehungsberechtigten sollen Angebote des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes gemacht werden. <b>Diese Angebote umfassen auch die Vermittlung von Medienkompetenz.</b> 2) Die Maßnahmen sollen 1. junge Menschen befähigen, sich vor gefährdenden Einflüssen zu schützen und sie zu Kritikfähigkeit,</p>	<p><b>§ 14 Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz</b> (1) <b>Allen</b> jungen Menschen und Erziehungsberechtigten sollen Angebote des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes gemacht werden. <b>Diese Angebote umfassen auch die Vermittlung von Medienkompetenz</b> (2) Die Maßnahmen sollen 1. junge Menschen befähigen, sich vor gefährdenden Einflüssen zu schützen und sie zu Kritikfähigkeit, Entschei-</p>	

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	--	-----------

<p>Entscheidungsfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit sowie zur Verantwortung gegenüber ihren Mitmenschen führen, 2. Eltern und andere Erziehungsberechtigte besser befähigen, Kinder und Jugendliche vor gefährdenden Einflüssen zu schützen.</p>	<p>Entscheidungsfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit sowie zur Verantwortung gegenüber ihren Mitmenschen führen, 2. Eltern und andere Erziehungsberechtigte besser befähigen, Kinder und Jugendliche vor gefährdenden Einflüssen zu schützen.</p>	<p>Entscheidungsfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit sowie zur Verantwortung gegenüber ihren Mitmenschen führen, 2. Eltern und andere Erziehungsberechtigte besser befähigen, Kinder und Jugendliche vor gefährdenden Einflüssen zu schützen.</p>	
--	--	--	--

<b>SGB VIII</b> <b>(aktuell gültiger Gesetzestext)</b>	<b>Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017</b>	<b>Vorschlag</b> <b>in Rot = Entwurf v. 27.06.2017</b> <b>in Orange = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 (kursiv)</b> <b>in Blau = eigener Vorschlag</b>	<b>Kommentar</b>
---	--	--	------------------

<p><b>§ 22 Grundsätze der Förderung</b></p> <p>(1) Tageseinrichtungen sind Einrichtungen, in denen sich Kinder für einen Teil des Tages oder ganztägig aufhalten und in Gruppen gefördert werden. Kindertagespflege wird von einer geeigneten Tagespflegeperson in ihrem Haushalt oder im Haushalt des <u>Personensorgeberechtigten</u> geleistet. Das Nähere über die Abgrenzung von Tageseinrichtungen und Kindertagespflege regelt das Landesrecht. Es kann auch regeln, dass Kindertagespflege in anderen geeigneten Räumen geleistet wird.</p> <p>2) Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege sollen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit fördern,</li> <li>2. die Erziehung und Bildung in der Familie unterstützen und ergänzen,</li> <li>3. den Eltern dabei helfen, Erwerbstätigkeit und Kindererziehung besser miteinander vereinbaren zu können.</li> </ol>	<p><b>§ 22 Grundsätze der Förderung</b></p> <p>(1) Tageseinrichtungen sind Einrichtungen, in denen sich Kinder für einen Teil des Tages, <del>oder</del> ganztägig aufhalten und in Gruppen gefördert werden. Kindertagespflege wird von einer geeigneten Tagespflegeperson in ihrem Haushalt oder im Haushalt des <b>Erziehungsberechtigten oder in anderen geeigneten Räumen</b> geleistet. Das Nähere über die Abgrenzung von Tageseinrichtungen und Kindertagespflege regelt das Landesrecht. <del>Es kann auch regeln, dass Kindertagespflege in anderen geeigneten Räumen geleistet wird.</del></p> <p>(2) Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege sollen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen, <del>und</del> gemeinschaftsfähigen <b>und selbstbestimmten</b> Persönlichkeit fördern,</li> <li>2. die Erziehung und Bildung in der Familie unterstützen und ergänzen,</li> <li>3. den Eltern dabei helfen, Erwerbstätigkeit, <del>und</del> Kindererziehung <b>und familiäre Pflege</b> besser miteinander vereinbaren zu können. <b>Hierzu sollen sie den Erziehungsberechtigten einbeziehen und, sofern sie Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam</b></li> </ol>	<p><b>§ 22 Grundsätze der Förderung</b></p> <p>(1) Tageseinrichtungen sind Einrichtungen, in denen sich Kinder für einen Teil des Tages, <del>oder</del> ganztägig aufhalten und in Gruppen gefördert werden. Kindertagespflege wird von einer geeigneten Tagespflegeperson in ihrem Haushalt oder im Haushalt des <b>Erziehungsberechtigten oder in anderen geeigneten Räumen</b> geleistet. Das Nähere über die Abgrenzung von Tageseinrichtungen und Kindertagespflege regelt das Landesrecht. <del>Es kann auch regeln, dass Kindertagespflege in anderen geeigneten Räumen geleistet wird.</del></p> <p>(2) Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege sollen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen, <del>und</del> gemeinschaftsfähigen <b>und selbstbestimmten</b> Persönlichkeit fördern,</li> <li>2. die Erziehung und Bildung in der Familie unterstützen und ergänzen,</li> <li>3. den Eltern dabei helfen, Erwerbstätigkeit, <del>und</del> Kindererziehung <b>und familiäre Pflege</b> besser miteinander vereinbaren zu können. <b>Hierzu sollen sie den Erziehungsberechtigten einbeziehen und, sofern sie Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam betreuen,</b></li> </ol>	
--	---	---	--

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	--	-----------

<p>(3) Der Förderungsauftrag umfasst Erziehung, Bildung und Betreuung des Kindes und bezieht sich auf die soziale, emotionale, körperliche und geistige Entwicklung des Kindes. Er schließt die Vermittlung orientierender Werte und Regeln ein. Die Förderung soll sich am Alter und Entwicklungsstand, den sprachlichen und sonstigen Fähigkeiten, der Lebenssituation sowie den Interessen und Bedürfnissen des einzelnen Kindes orientieren und seine ethnische Herkunft berücksichtigen.</p>	<p>betreuen, mit dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe, anderen beteiligten Rehabilitationsträgern und anderen Personen, Diensten oder Einrichtungen zusammen-arbeiten, die bei der Leistungserbringung für das Kind tätig werden.</p> <p>(3) Der Förderungsauftrag umfasst Erziehung, Bildung und Betreuung des Kindes und bezieht sich auf die soziale, emotionale, körperliche und geistige Entwicklung des Kindes. Er schließt die Vermittlung orientierender Werte und Regeln ein. Die Förderung soll sich am Alter und Entwicklungsstand, den sprachlichen und sonstigen Fähigkeiten, der Lebenssituation sowie den Interessen und Bedürfnissen des einzelnen Kindes orientieren und seine ethnische Herkunft berücksichtigen.</p>	<p>mit dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe, anderen beteiligten Rehabilitationsträgern und anderen Personen, Diensten oder Einrichtungen zusammen-arbeiten, die bei der Leistungserbringung für das Kind tätig werden.</p> <p>(3) Der Förderungsauftrag umfasst Erziehung, Bildung und Betreuung des Kindes und bezieht sich auf die soziale, emotionale, körperliche und geistige Entwicklung des Kindes. Er schließt die Vermittlung orientierender Werte und Regeln ein. Die Förderung soll sich am Alter und Entwicklungsstand, den sprachlichen und sonstigen Fähigkeiten, der Lebenssituation sowie den Interessen und Bedürfnissen des einzelnen Kindes orientieren und seine ethnische Herkunft berücksichtigen.</p>	
---	--	--	--

<b>SGB VIII</b> <b>(aktuell gültiger Gesetzestext)</b>	<b>Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017</b>	<b>Vorschlag</b> <b>in Rot = Entwurf v. 27.06.2017</b> <b>in Orange = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 (kursiv)</b> <b>in Blau = eigener Vorschlag</b>	<b>Kommentar</b>
---	--	--	------------------

<b>§ 22a Förderung in Tageseinrichtungen</b> (1) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen die Qualität der Förderung in ihren Einrichtungen durch geeignete Maßnahmen sicherstellen und weiterentwickeln. Dazu gehören die Entwicklung und der Einsatz einer pädagogischen Konzeption als Grundlage für die Erfüllung des Förderungsauftrags sowie der Einsatz von Instrumenten und Verfahren zur Evaluation der Arbeit in den Einrichtungen. (2) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen sicherstellen, dass die Fachkräfte in ihren Einrichtungen zusammenarbeiten 1. mit den Erziehungsberechtigten und Tagespflege- Personen zum Wohl der Kinder und zur Sicherung der Kontinuität des Erziehungsprozesses, 2. mit anderen kinder- und familienbezogenen Institutionen und Initiativen im Gemeinwesen, insbesondere solchen der Familienbildung und -beratung, 3. mit den Schulen, um den Kindern einen guten Übergang in die Schule zu sichern und um die Arbeit mit Schulkindern in Horten und altersgemischten Gruppen zu unterstützen.	<b>§ 22a Förderung in Tageseinrichtungen</b> (1) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen die Qualität der Förderung in ihren Einrichtungen durch geeignete Maßnahmen sicherstellen und weiterentwickeln. Dazu gehören die Entwicklung und der Einsatz einer pädagogischen Konzeption als Grundlage für die Erfüllung des Förderungsauftrags sowie der Einsatz von Instrumenten und Verfahren zur Evaluation der Arbeit in den Einrichtungen. (2) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen sicherstellen, dass die Fachkräfte in ihren Einrichtungen zusammenarbeiten 1. mit den Erziehungsberechtigten und Tagespflege- Personen zum Wohl der Kinder und zur Sicherung der Kontinuität des Erziehungsprozesses, 2. mit anderen kinder- und familienbezogenen Institutionen und Initiativen im Gemeinwesen, insbesondere solchen der Familienbildung und -beratung, 3. mit den Schulen, um den Kindern einen guten Übergang in die Schule zu sichern und um die Arbeit mit Schulkindern in Horten und altersgemischten Gruppen zu unterstützen.	<b>§ 22a Förderung in Tageseinrichtungen</b>	keine Positionierung
--	--	--	----------------------

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	--	-----------

<p>Die Erziehungsberechtigten sind an den Entscheidungen in wesentlichen Angelegenheiten der Erziehung, Bildung und Betreuung zu beteiligen.</p> <p>(3) Das Angebot soll sich pädagogisch und organisatorisch an den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Familien orientieren. Werden Einrichtungen in den Ferienzeiten geschlossen, so hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die Kinder, die nicht von den Erziehungsberechtigten betreut werden können, eine anderweitige Betreuungsmöglichkeit sicherzustellen.</p> <p>(4) Kinder mit und ohne Behinderung sollen, sofern der Hilfebedarf dies zulässt, in Gruppen gemeinsam gefördert werden. Zu diesem Zweck sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit den Trägern der Sozialhilfe bei der Planung, konzeptionellen Ausgestaltung und Finanzierung des Angebots zusammenarbeiten.</p>	<p>Die Erziehungsberechtigten sind an den Entscheidungen in wesentlichen Angelegenheiten der Erziehung, Bildung und Betreuung zu beteiligen.</p> <p>(3) Das Angebot soll sich pädagogisch und organisatorisch an den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Familien orientieren. Werden Einrichtungen in den Ferienzeiten geschlossen, so hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die Kinder, die nicht von den Erziehungsberechtigten betreut werden können, eine anderweitige Betreuungsmöglichkeit sicherzustellen.</p> <p>(4) Kinder mit <b>Behinderungen</b> und Kinder ohne Behinderung sollen, <del>sofern der Hilfebedarf dies zulässt, in Gruppen</del> gemeinsam gefördert werden. <del>Zu diesem Zweck sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit den Trägern der Sozialhilfe bei der Planung, konzeptionellen Ausgestaltung und Finanzierung des Angebots zusammenarbeiten.</del></p> <p>Die besonderen Bedürfnisse von Kindern mit Behinderungen und von Kindern, die von Behinderung bedroht sind, sind zu berücksichtigen.</p> <p>(5) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen die Realisierung des</p>		
---	--	--	--

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	--	-----------

<p>(5) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen die Realisierung des Förderungsauftrags nach Maßgabe der Absätze 1 bis 4 in den Einrichtungen anderer Träger durch geeignete Maßnahmen sicherstellen.</p>	<p>Förderungsauftrags nach Maßgabe der Absätze 1 bis 4 in den Einrichtungen anderer Träger durch geeignete Maßnahmen sicherstellen.</p>		
<p><b>§ 23 Förderung in Kindertagespflege</b> (1) Die Förderung in Kindertagespflege nach Maßgabe von § 24 umfasst die Vermittlung des Kindes zu einer geeigneten Tagespflegeperson, soweit diese nicht von der erziehungsberechtigten Person nachgewiesen wird, deren fachliche Beratung, Begleitung und weitere Qualifizierung sowie die Gewährung einer laufenden Geldleistung an die Tagespflegeperson.</p> <p>(2) Die laufende Geldleistung nach Absatz 1 umfasst 1. die Erstattung angemessener Kosten, die der Tagespflegeperson für</p>	<p><b>§ 23 Förderung in Kindertagespflege</b> (1) Die Förderung in Kindertagespflege nach Maßgabe von § 24 umfasst die Vermittlung des Kindes zu einer geeigneten Tagespflegeperson, soweit diese nicht von der erziehungsberechtigten Person nachgewiesen wird, deren fachliche Beratung, Begleitung und weitere Qualifizierung sowie die Gewährung einer laufenden Geldleistung an die Tagespflegeperson.</p> <p>(2) Die laufende Geldleistung nach Absatz 1 umfasst 1. die Erstattung angemessener Kosten, die der Tagespflegeperson für</p>	<p><b>§ 23 Förderung in Kindertagespflege</b> (1) Die Förderung in Kindertagespflege nach Maßgabe von § 24 umfasst die Vermittlung des Kindes zu einer geeigneten Tagespflegeperson, soweit diese nicht von der erziehungsberechtigten Person nachgewiesen wird, deren fachliche Beratung, Begleitung und weitere Qualifizierung sowie die Gewährung einer laufenden Geldleistung an die Tagespflegeperson.</p> <p>(2) Die laufende Geldleistung nach Absatz 1 umfasst 1. die Erstattung angemessener Kosten, die der Tagespflegeperson für</p>	

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
<p>den Sachaufwand entstehen, 2. einen Betrag zur Anerkennung ihrer Förderungsleistung nach Maßgabe von Absatz 2a, 3. die Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung sowie die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung der Tagespflegeperson und 4. die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Krankenversicherung und Pflegeversicherung. (...)</p>	<p>den Sachaufwand entstehen, 2. einen Betrag zur Anerkennung ihrer Förderungsleistung nach Maßgabe von Absatz 2a, 3. die Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zu einer <b>angemessenen</b> Unfallversicherung sowie die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung der Tagespflegeperson und 4. die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Kranken<del>versicherung</del> und Pflegeversicherung. (...)</p>	<p>den Sachaufwand entstehen, 2. einen Betrag zur Anerkennung ihrer Förderungsleistung nach Maßgabe von Absatz 2a, 3. die Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zu einer <b>angemessenen</b> Unfallversicherung sowie die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung der Tagespflegeperson und 4. die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Kranken<del>versicherung</del> und Pflegeversicherung. (...)</p>	
<p><b>§ 24 Anspruch auf Förderung in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege</b> (1) Ein Kind, das das erste Lebensjahr noch nicht vollendet hat, ist in einer Einrichtung oder in Kindertagespflege zu fördern, wenn</p> <p>1. diese Leistung für seine Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit geboten ist oder (...)</p>	<p><b>§ 24 Anspruch auf Förderung in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege</b> (1) Ein Kind, das das erste Lebensjahr noch nicht vollendet hat, ist in einer Einrichtung oder in Kindertagespflege zu fördern, wenn</p> <p>1. diese Leistung für seine Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen, <del>und</del> gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit geboten ist oder (...)</p>	<p><b>§ 24 Anspruch auf Förderung in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege</b> (1) Ein Kind, das das erste Lebensjahr noch nicht vollendet hat, ist in einer Einrichtung oder in Kindertagespflege zu fördern, wenn</p> <p>1. diese Leistung für seine Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen, <b>und</b> gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit geboten ist oder (...)</p>	

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
	<p><b>§ 24a Berichtspflicht</b> Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag jährlich einen Bericht über den quantitativen und qualitativen Stand des Förderangebots für Kinder in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege vorzulegen.</p>	<p><b>§ 24a Berichtspflicht</b> Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag jährlich einen Bericht über den quantitativen und qualitativen Stand des Förderangebots für Kinder in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege vorzulegen.</p>	
<p><b>§ 27 Hilfe zur Erziehung</b> (1) Ein Personensorgeberechtigter hat bei der Erziehung eines Kindes oder eines Jugendlichen Anspruch auf Hilfe (Hilfe zur Erziehung), wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist.</p>	<p><b>§ 27 Hilfe zur Erziehung</b> (1) Ein Personensorgeberechtigter hat bei der Erziehung eines Kindes oder eines Jugendlichen Anspruch auf Hilfe (Hilfe zur Erziehung), wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist.</p>	<p><b>§ 27 Hilfe zur Erziehung</b> <del>(1) Ein Personensorgeberechtigter hat bei der Erziehung eines Kindes oder eines Jugendlichen Anspruch auf Hilfe (Hilfe zur Erziehung), wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist.</del> <i>(1) Kinder und Jugendliche, Eltern und Sorgeberechtigte haben einen Anspruch auf geeignete und notwendige Leistungen zur Unterstützung ihrer Erziehung sowie zur Förderung ihrer Entwicklung und sozialen Teilhabe und Hilfe zur Erziehung, wenn eine ihrem Wohl entsprechende Entwicklung zu einer möglichst zu einer möglichst eigenverantwortlichen, gemeinschaftsfähigen sowie selbstbestimmten Persönlichkeit oder Teilhabe am</i></p>	<p>neue Überschrift sinnvoll: unter einem Oberbegriff für Leistungen zur Teilhabe und Hilfe zur Erziehung Rechtsanspruch sowohl Eltern als auch Kindern / Jugendlichen ist sinnvoll und zu unterstützen Der Rechtsanspruch sollte am Kindeswohl (systemischer Ansatz) orientiert sein</p> <p>zu beachten: ggf. höherer bürokratischer Aufwand wenn Eltern und/oder junger Mensch RA haben</p> <p><i>Absatz 1 entspricht weitestgehend dem Reformentwurf 2016</i></p>

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	--	-----------

<p>2) Hilfe zur Erziehung wird insbesondere nach Maßgabe der §§ 28 bis 35 gewährt. Art und Umfang der Hilfe richten sich nach dem erzieherischen Bedarf im Einzelfall; dabei soll das engere soziale Umfeld des Kindes oder des Jugendlichen einbezogen werden. Die Hilfe ist in der Regel im Inland zu erbringen; sie darf nur dann im Ausland erbracht werden, wenn dies nach Maßgabe der Hilfeplanung zur Erreichung des Hilfezieles im Einzelfall erforderlich ist.</p> <p>(2a) Ist eine Erziehung des Kindes oder Jugendlichen außerhalb des Elternhauses erforderlich, so entfällt der Anspruch auf Hilfe zur Erziehung nicht</p>	<p>(2) Hilfe zur Erziehung wird insbesondere nach Maßgabe der §§ 28 bis 35 gewährt. Art und Umfang der Hilfe richten sich nach dem erzieherischen Bedarf im Einzelfall; dabei soll das engere soziale Umfeld des Kindes oder des Jugendlichen einbezogen werden. <b>Unterschiedliche Hilfearten können miteinander kombiniert werden, sofern dies dem erzieherischen Bedarf des Kindes oder Jugendlichen im Einzelfall entspricht.</b></p> <p>(2a) Ist eine Erziehung des Kindes oder Jugendlichen außerhalb des Elternhauses erforderlich, so entfällt der Anspruch auf Hilfe zur Erziehung nicht dadurch, dass eine andere unterhaltspflichtige Person bereit ist,</p>	<p><i>Leben nicht gewährleistet ist. Eignung und Notwendigkeit der Leistungen richten sich nach dem erzieherischen Bedarf des Kindes oder Jugendlichen im Einzelfall unter Berücksichtigung seines engeren sozialen Umfeldes. Sie umfassen insbesondere sozialpädagogische, pädagogische und damit verbundene therapeutische Leistungen. Sie soll bei Bedarf Ausbildungs- und Beschäftigungsmassnahmen im Sinne des §13 Absatz 2 einschließen.</i></p> <p>(2) Hilfe zur Erziehung wird insbesondere nach Maßgabe der §§ 28 bis 35 gewährt. Art und Umfang der Hilfe richten sich nach dem erzieherischen Bedarf im Einzelfall; dabei soll das engere soziale Umfeld des Kindes oder des Jugendlichen einbezogen werden. <i>Unterschiedliche Hilfearten können miteinander kombiniert werden, sofern dies dem erzieherischen Bedarf des Kindes oder Jugendlichen im Einzelfall entspricht.</i></p> <p>(2a) Ist eine Erziehung des Kindes oder Jugendlichen außerhalb des Elternhauses erforderlich, so entfällt der Anspruch auf Hilfe zur Erziehung nicht dadurch, dass eine andere unterhaltspflichtige Person bereit ist, diese Aufgabe zu übernehmen; die Gewährung von Hilfe zur Erziehung setzt</p>	
---	--	--	--

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	--	-----------

<p>dadurch, dass eine andere unterhaltspflichtige Person bereit ist, diese Aufgabe zu übernehmen; die Gewährung von Hilfe zur Erziehung setzt in diesem Fall voraus, dass diese Person bereit und geeignet ist, den Hilfebedarf in Zusammenarbeit mit dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach Maßgabe der §§ 36 und 37 zu decken.</p> <p>(3) Hilfe zur Erziehung umfasst insbesondere die Gewährung pädagogischer und damit verbundener therapeutischer Leistungen. Sie soll bei Bedarf Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen im Sinne des § 13 Absatz 2 einschließen.</p> <p>(4) Wird ein Kind oder eine Jugendliche während ihres Aufenthalts in einer Einrichtung oder einer Pflegefamilie selbst Mutter eines Kindes, so umfasst die Hilfe zur Erziehung auch die Unterstützung bei der Pflege und Erziehung dieses Kindes.</p>	<p>diese Aufgabe zu übernehmen; die Gewährung von Hilfe zur Erziehung setzt in diesem Fall voraus, dass diese Person bereit und geeignet ist, den Hilfebedarf in Zusammenarbeit mit dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach Maßgabe der §§ 36 und 37 zu decken.</p> <p>(3) Hilfe zur Erziehung umfasst insbesondere die Gewährung pädagogischer und damit verbundener therapeutischer Leistungen. Sie soll bei Bedarf Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen im Sinne des § 13 Absatz 2 einschließen.</p> <p>(4) Wird ein Kind oder eine Jugendliche während ihres Aufenthalts in einer Einrichtung oder einer Pflegefamilie selbst Mutter eines Kindes, so umfasst die Hilfe zur Erziehung auch die Unterstützung bei der Pflege und Erziehung dieses Kindes.</p>	<p>in diesem Fall voraus, dass diese Person bereit und geeignet ist, den Hilfebedarf in Zusammenarbeit mit dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach Maßgabe der §§ 36 und 37 zu decken.</p> <p>(3) Hilfe zur Erziehung umfasst insbesondere die Gewährung pädagogischer und damit verbundener therapeutischer Leistungen. Sie soll bei Bedarf Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen im Sinne des § 13 Absatz 2 einschließen.</p> <p>(4) Wird ein Kind oder eine Jugendliche während ihres Aufenthalts in einer Einrichtung oder einer Pflegefamilie selbst Mutter eines Kindes, so umfasst die Hilfe zur Erziehung auch die Unterstützung bei der Pflege und Erziehung dieses Kindes.</p>	
---	---	--	--

<b>SGB VIII</b> <b>(aktuell gültiger Gesetzestext)</b>	<b>Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017</b>	<b>Vorschlag</b> <b>in Rot = Entwurf v. 27.06.2017</b> <b>in Orange = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 (kursiv)</b> <b>in Blau = eigener Vorschlag</b>	<b>Kommentar</b>
---	--	--	------------------

<p><b>§ 35a Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche</b></p> <p>(1) Kinder oder Jugendliche haben Anspruch auf Eingliederungshilfe, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. ihre seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für ihr Lebensalter typischen Zustand abweicht, und</li> <li>2. daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist oder eine solche Beeinträchtigung zu erwarten ist.</li> <li>3. Von einer seelischen Behinderung bedroht im Sinne dieses Buches sind Kinder oder Jugendliche, bei denen eine Beeinträchtigung ihrer Teilhabe am Leben in der Gesellschaft nach fachlicher Erkenntnis mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist. § 27 Absatz 4 gilt entsprechend.</li> </ol> <p>(1a) Hinsichtlich der Abweichung der seelischen Gesundheit nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Stellungnahme</p>	<p><b>§ 35a Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit seelischer Behinderung oder drohender Behinderung</b></p> <p>(1) Kinder oder Jugendliche haben Anspruch auf Eingliederungshilfe, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Ihre seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für ihr Lebensalter typischen Zustand abweicht, und</li> <li>2. daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist oder eine solche Beeinträchtigung zu erwarten ist.</li> <li>3. Von einer seelischen Behinderung bedroht im Sinne dieses Buches sind Kinder oder Jugendliche, bei denen eine Beeinträchtigung ihrer Teilhabe am Leben in der Gesellschaft nach fachlicher Erkenntnis mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist.</li> </ol> <p>§ 27 Absatz 4 gilt entsprechend.</p> <p>(1a) Hinsichtlich der Abweichung der seelischen Gesundheit nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Stellungnahme</p>	<p><b>§ 35a Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit seelischer Behinderung oder drohender Behinderung</b></p> <p>(1) Kinder oder Jugendliche haben Anspruch auf Eingliederungshilfe, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Ihre seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für ihr Lebensalter typischen Zustand abweicht, und</li> <li>2. daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist oder eine solche Beeinträchtigung zu erwarten ist.</li> <li>3. Von einer seelischen Behinderung bedroht im Sinne dieses Buches sind Kinder oder Jugendliche, bei denen eine Beeinträchtigung ihrer Teilhabe am Leben in der Gesellschaft nach fachlicher Erkenntnis mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist.</li> </ol> <p>§ 27 Absatz 4 gilt entsprechend.</p> <p>(1a) Hinsichtlich der Abweichung der seelischen Gesundheit nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Stellungnahme</p>	
---	--	--	--

<b>SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)</b>	<b>Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017</b>	<b>Vorschlag in Rot = Entwurf v. 27.06.2017 in Orange = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 (kursiv) in Blau = eigener Vorschlag</b>	<b>Kommentar</b>
<p>1. eines Arztes für Kinder- und Jugendpsychiatrie und - psychotherapie,</p> <p>2. eines Kinder- und Jugendpsychotherapeuten oder</p> <p>3. eines Arztes oder eines psychologischen Psychotherapeuten, der über besondere Erfahrungen auf dem Gebiet seelischer Störungen bei Kindern und Jugendlichen verfügt,</p> <p>einzuholen. Die Stellungnahme ist auf der Grundlage der Internationalen Klassifikation der Krankheiten in der vom Deutschen Institut für medizinische Dokumentation und Information herausgegebenen deutschen Fassung zu erstellen. Dabei ist auch darzulegen, ob die Abweichung Krankheitswert hat oder auf einer Krankheit beruht. Die Hilfe soll nicht von der Person oder dem Dienst oder der Einrichtung, der die Person angehört, die die Stellungnahme abgibt, erbracht werden.</p> <p>(2) Die Hilfe wird nach dem Bedarf im Einzelfall</p> <p>1. in ambulanter Form, 2. in Tageseinrichtungen für Kin-</p>	<p>1. eines Arztes für Kinder- und Jugendpsychiatrie und - psychotherapie,</p> <p>2. eines Kinder- und Jugendpsychotherapeuten oder</p> <p>3. eines Arztes oder eines psychologischen Psychotherapeuten, der über besondere Erfahrungen auf dem Gebiet seelischer Störungen bei Kindern und Jugendlichen verfügt,</p> <p>einzuholen. Die Stellungnahme ist auf der Grundlage der Internationalen Klassifikation der Krankheiten in der vom Deutschen Institut für medizinische Dokumentation und Information herausgegebenen deutschen Fassung zu erstellen. Dabei ist auch darzulegen, ob die Abweichung Krankheitswert hat oder auf einer Krankheit beruht. Die Hilfe soll nicht von der Person oder dem Dienst oder der Einrichtung, der die Person angehört, die die Stellungnahme abgibt, erbracht werden.</p> <p>(2) Die Hilfe wird nach dem Bedarf im Einzelfall</p> <p>1. in ambulanter Form, 2. in Tageseinrichtungen für Kin-</p>	<p>1. eines Arztes für Kinder- und Jugendpsychiatrie und - psychotherapie,</p> <p>2. eines Kinder- und Jugendpsychotherapeuten oder</p> <p>3. eines Arztes oder eines psychologischen Psychotherapeuten, der über besondere Erfahrungen auf dem Gebiet seelischer Störungen bei Kindern und Jugendlichen verfügt,</p> <p>einzuholen. Die Stellungnahme ist auf der Grundlage der Internationalen Klassifikation der Krankheiten in der vom Deutschen Institut für medizinische Dokumentation und Information herausgegebenen deutschen Fassung zu erstellen. Dabei ist auch darzulegen, ob die Abweichung Krankheitswert hat oder auf einer Krankheit beruht. Die Hilfe soll nicht von der Person oder dem Dienst oder der Einrichtung, der die Person angehört, die die Stellungnahme abgibt, erbracht werden.</p> <p>(2) Die Hilfe wird nach dem Bedarf im Einzelfall</p> <p>1. in ambulanter Form, 2. in Tageseinrichtungen für Kin-</p>	

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	--	-----------

<p>der oder in anderen teilstationären Einrichtungen, 3. durch geeignete Pflegepersonen und 4. in Einrichtungen über Tag und Nacht sowie sonstigen Wohnformen geleistet.</p> <p>(3) Aufgabe und Ziel der Hilfe, die Bestimmung des Personenkreises sowie die Art der Leistungen richten sich nach § 53 Absatz 3 und 4 Satz 1, den §§ 54, 56 und 57 des Zwölften Buches, soweit diese Bestimmungen auch auf seelisch behinderte oder von einer solchen Behinderung bedrohte Personen Anwendung finden.</p> <p>(4) Ist gleichzeitig Hilfe zur Erziehung zu leisten, so sollen Einrichtungen, Dienste und Personen in Anspruch genommen werden, die geeignet sind, sowohl die Aufgaben der Eingliederungshilfe zu erfüllen als auch den erzieherischen Bedarf zu decken. Sind heilpädagogische Maßnahmen für Kinder, die noch nicht im schulpflichtigen Alter sind, in Tageseinrichtungen für Kinder zu gewähren und lässt der Hilfebedarf es</p>	<p>der oder in anderen teilstationären Einrichtungen, 3. durch geeignete Pflegepersonen und 4. in Einrichtungen über Tag und Nacht sowie sonstigen Wohnformen geleistet.</p> <p>(3) Aufgabe und Ziel der Hilfe, die Bestimmung des Personenkreises sowie <b>Art und Form der Leistungen richten sich nach Kapitel 6 des Teil 1 des Neunten Buches sowie nach § 90 und den Kapiteln 3 bis 6 des Teil 2 des Neunten Buches, soweit diese Bestimmungen auch auf Personen mit seelischer Behinderung oder von einer solchen Behinderung bedrohte Personen Anwendung finden. (Inkrafttreten dieser Änderung zum 01.01.2020)</b></p> <p>(4) Ist gleichzeitig Hilfe zur Erziehung zu leisten, so sollen Einrichtungen, Dienste und Personen in Anspruch genommen werden, die geeignet sind, sowohl die Aufgaben der Eingliederungshilfe zu erfüllen als auch den erzieherischen Bedarf zu decken. Sind heilpädagogische Maßnahmen für Kinder, die noch nicht im schulpflichtigen Alter sind, in Tageseinrichtungen für Kinder zu gewähren und lässt der Hilfebedarf es</p>	<p>der oder in anderen teilstationären Einrichtungen, 3. durch geeignete Pflegepersonen und 4. in Einrichtungen über Tag und Nacht sowie sonstigen Wohnformen geleistet.</p> <p>(3) Aufgabe und Ziel der Hilfe, die Bestimmung des Personenkreises sowie <b>Art und Form der Leistungen richten sich nach Kapitel 6 des Teil 1 des Neunten Buches sowie nach § 90 und den Kapiteln 3 bis 6 des Teil 2 des Neunten Buches, soweit diese Bestimmungen auch auf Personen mit seelischer Behinderung oder von einer solchen Behinderung bedrohte Personen Anwendung finden. (Inkrafttreten dieser Änderung zum 01.01.2020)</b></p> <p>(4) Ist gleichzeitig Hilfe zur Erziehung zu leisten, so sollen Einrichtungen, Dienste und Personen in Anspruch genommen werden, die geeignet sind, sowohl die Aufgaben der Eingliederungshilfe zu erfüllen als auch den erzieherischen Bedarf zu decken. Sind heilpädagogische Maßnahmen für Kinder, die noch nicht im schulpflichtigen Alter sind, in Tageseinrichtungen für Kinder zu gewähren und lässt der Hilfebedarf es</p>	<p>Absatz 3 ist ggf. entsprechend der verfassten Gesetze/Formulierungen anzupassen.</p>
--	---	---	---

<b>SGB VIII</b> <b>(aktuell gültiger Gesetzestext)</b>	<b>Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017</b>	<b>Vorschlag</b> <b>in Rot = Entwurf v. 27.06.2017</b> <b>in Orange = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 (kursiv)</b> <b>in Blau = eigener Vorschlag</b>	<b>Kommentar</b>
---	--	--	------------------

<p>zu, so sollen Einrichtungen in Anspruch genommen werden, in denen behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam betreut werden.</p>	<p>zu, so sollen Einrichtungen in Anspruch genommen werden, in denen behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam betreut werden.</p>	<p>zu, so sollen Einrichtungen in Anspruch genommen werden, in denen behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam betreut werden.</p>	
<p><b>§ 36 Mitwirkung, Hilfeplan</b>  (1) Der Personensorgeberechtigte und das Kind oder der Jugendliche sind vor der Entscheidung über die Inanspruchnahme einer Hilfe und vor einer notwendigen Änderung von Art und Umfang der Hilfe zu beraten und auf die möglichen Folgen für die Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen hinzuweisen. Vor und während einer langfristig zu leistenden Hilfe außerhalb der eigenen Familie ist zu prüfen, ob die Annahme als Kind in Betracht kommt. Ist Hilfe außerhalb der eigenen Familie erforderlich, so sind die in Satz 1 genannten Personen bei der Auswahl der Einrichtung oder der Pflegestelle zu beteiligen. Der Wahl und den Wünschen ist zu entsprechen, sofern sie nicht mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden sind. Wünschen die in Satz 1 genannten Personen die Erbringung einer in § 78a genannten Leistung in einer Einrichtung, mit deren Träger keine</p>	<p><b>§ 36 Mitwirkung, Hilfeplan</b>  (1) Der Personensorgeberechtigte und das Kind oder der Jugendliche sind vor der Entscheidung über die Inanspruchnahme einer Hilfe und vor einer notwendigen Änderung von Art und Umfang der Hilfe zu beraten und auf die möglichen Folgen für die Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen hinzuweisen. Vor und während einer langfristig zu leistenden Hilfe außerhalb der eigenen Familie ist zu prüfen, ob die Annahme als Kind in Betracht kommt. Ist Hilfe außerhalb der eigenen Familie erforderlich, so sind die in Satz 1 genannten Personen bei der Auswahl der Einrichtung oder der Pflegestelle zu beteiligen. Der Wahl und den Wünschen ist zu entsprechen, sofern sie nicht mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden sind. Wünschen die in Satz 1 genannten Personen die Erbringung einer in § 78a genannten Leistung in einer Einrichtung, mit deren Träger keine</p>	<p><b>§ 36 Mitwirkung, Hilfeplan</b>  (1) Der Personensorgeberechtigte und das Kind oder der Jugendliche sind vor der Entscheidung über die Inanspruchnahme einer Hilfe und vor einer notwendigen Änderung von Art und Umfang der Hilfe zu beraten und auf die möglichen Folgen für die Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen hinzuweisen. Vor und während einer langfristig zu leistenden Hilfe außerhalb der eigenen Familie ist zu prüfen, ob die Annahme als Kind in Betracht kommt. Ist Hilfe außerhalb der eigenen Familie erforderlich, so sind die in Satz 1 genannten Personen bei der Auswahl der Einrichtung oder der Pflegestelle zu beteiligen. Der Wahl und den Wünschen ist zu entsprechen, sofern sie nicht mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden sind. Wünschen die in Satz 1 genannten Personen die Erbringung</p>	

<b>SGB VIII</b> <b>(aktuell gültiger Gesetzestext)</b>	<b>Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017</b>	<b>Vorschlag</b> <b>in Rot = Entwurf v. 27.06.2017</b> <b>in Orange = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 (kursiv)</b> <b>in Blau = eigener Vorschlag</b>	<b>Kommentar</b>
---	--	--	------------------

<p>Vereinbarungen nach § 78b bestehen, so soll der Wahl nur entsprochen werden, wenn die Erbringung der Leistung in dieser Einrichtung nach Maßgabe des Hilfeplans nach Absatz 2 geboten ist.</p> <p>(2) Die Entscheidung über die im Einzelfall angezeigte Hilfeart soll, wenn Hilfe voraussichtlich für längere Zeit zu leisten ist, im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte getroffen werden. Als Grundlage für die Ausgestaltung der Hilfe sollen sie zusammen mit dem Personensorgeberechtigten und dem Kind oder dem Jugendlichen einen Hilfeplan aufstellen, der Feststellungen über den Bedarf, die zu gewährende Art der Hilfe sowie die notwendigen Leistungen enthält; sie sollen regelmäßig prüfen, ob die gewählte Hilfeart weiterhin geeignet und notwendig ist. Werden bei der Durchführung der Hilfe andere Personen, Dienste oder Einrichtungen tätig, so sind sie oder deren Mitarbeiter an der Aufstellung des Hilfeplans und seiner Überprüfung zu beteiligen. Erscheinen Maßnahmen der beruflichen Eingliederung erforderlich, so sollen auch die für die Eingliederung zuständigen Stellen beteiligt werden.</p>	<p>Vereinbarungen nach § 78b bestehen, so soll der Wahl nur entsprochen werden, wenn die Erbringung der Leistung in dieser Einrichtung nach Maßgabe des Hilfeplans nach Absatz 2 geboten ist.</p> <p>(2) Die Entscheidung über die im Einzelfall angezeigte Hilfeart soll, wenn Hilfe voraussichtlich für längere Zeit zu leisten ist, im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte getroffen werden. Als Grundlage für die Ausgestaltung der Hilfe sollen sie zusammen mit dem Personensorgeberechtigten und dem Kind oder dem Jugendlichen einen Hilfeplan aufstellen, der Feststellungen über den Bedarf, die zu gewährende Art der Hilfe sowie die notwendigen Leistungen enthält; sie sollen regelmäßig prüfen, ob die gewählte Hilfeart weiterhin geeignet und notwendig ist. Werden bei der Durchführung der Hilfe andere Personen, Dienste oder Einrichtungen tätig, so sind sie oder deren Mitarbeiter an der Aufstellung des Hilfeplans und seiner Überprüfung zu beteiligen. Erscheinen Maßnahmen der beruflichen Eingliederung erforderlich, so sollen auch die für die Eingliederung zuständigen Stellen beteiligt werden.</p>	<p>einer in § 78a genannten Leistung in einer Einrichtung, mit deren Träger keine Vereinbarungen nach § 78b bestehen, so soll der Wahl nur entsprochen werden, wenn die Erbringung der Leistung in dieser Einrichtung nach Maßgabe des Hilfeplans nach Absatz 2 geboten ist.</p> <p>(2) Die Entscheidung über die im Einzelfall angezeigte Hilfeart soll, wenn Hilfe voraussichtlich für längere Zeit zu leisten ist, im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte getroffen werden. Als Grundlage für die Ausgestaltung der Hilfe sollen sie zusammen mit dem Personensorgeberechtigten und dem Kind oder dem Jugendlichen einen Hilfeplan aufstellen, der Feststellungen über den Bedarf, die zu gewährende Art der Hilfe sowie die notwendigen Leistungen enthält; sie sollen regelmäßig prüfen, ob die gewählte Hilfeart weiterhin geeignet und notwendig ist. Werden bei der Durchführung der Hilfe andere Personen, Dienste oder Einrichtungen tätig, so sind sie oder deren Mitarbeiter an der Aufstellung des Hilfeplans und seiner Überprüfung zu beteiligen. Erscheinen Maßnahmen der beruflichen Eingliederung erforderlich, so sollen auch die für</p>	
--	--	---	--

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Geszentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 (kursiv) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
<p>(3) Erscheinen Hilfen nach § 35a erforderlich, so soll bei der Aufstellung und Änderung des Hilfeplans sowie bei der Durchführung der Hilfe die Person, die eine Stellungnahme nach § 35a Absatz 1a abgegeben hat, beteiligt werden.</p> <p>(4) Vor einer Entscheidung über die Gewährung einer Hilfe, die ganz oder teilweise im Ausland erbracht wird, soll zur Feststellung einer seelischen Störung mit Krankheitswert die Stellungnahme einer in § 35a Absatz 1a Satz 1 genannten Person eingeholt werden.</p>	<p>(3) Erscheinen Hilfen nach § 35a erforderlich, so soll bei der Aufstellung und Änderung des Hilfeplans sowie bei der Durchführung der Hilfe die Person, die eine Stellungnahme nach § 35a Absatz 1a abgegeben hat, beteiligt werden.</p> <p><del>(4) Vor einer Entscheidung über die Gewährung einer Hilfe, die ganz oder teilweise im Ausland erbracht wird, soll zur Feststellung einer seelischen Störung mit Krankheitswert die Stellungnahme einer in § 35a Absatz 1a Satz 1 genannten Person eingeholt werden.</del></p>	<p>die Eingliederung zuständigen Stellen beteiligt werden.</p> <p>(3) Erscheinen Hilfen nach § 35a erforderlich, so soll bei der Aufstellung und Änderung des Hilfeplans sowie bei der Durchführung der Hilfe die Person, die eine Stellungnahme nach § 35a Absatz 1a abgegeben hat, beteiligt werden.</p> <p><del>(4) Vor einer Entscheidung über die Gewährung einer Hilfe, die ganz oder teilweise im Ausland erbracht wird, soll zur Feststellung einer seelischen Störung mit Krankheitswert die Stellungnahme einer in § 35a Absatz 1a Satz 1 genannten Person eingeholt werden.</del></p>	
	<p><b>Neu: § 36b Zusammenarbeit beim Zuständigkeitsübergang</b></p> <p>1) Zur Sicherstellung von Kontinuität und Bedarfsgerechtigkeit der Leistungsgewährung ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Falle eines Zuständigkeitsübergangs auf andere Sozialleistungsträger dafür verantwortlich, dass die anderen Sozialleistungsträger rechtzeitig in die Hilfeplanung eingebunden werden.</p> <p>2) Im Rahmen des Hilfeplans sollen von den zuständigen Sozialleistungsträgern Vereinbarungen zur Durchführung des Zuständigkeitsübergangs getroffen werden.</p>	<p><b>Neu: § 36b Zusammenarbeit beim Zuständigkeitsübergang</b></p> <p>1) Zur Sicherstellung von Kontinuität und Bedarfsgerechtigkeit der Leistungsgewährung ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Falle eines Zuständigkeitsübergangs auf andere Sozialleistungsträger dafür verantwortlich, dass die anderen Sozialleistungsträger rechtzeitig in die Hilfeplanung eingebunden werden.</p> <p>2) Im Rahmen des Hilfeplans sollen von den zuständigen Sozialleistungsträgern Vereinbarungen zur Durchführung des Zuständigkeitsübergangs getroffen werden.</p>	

<b>SGB VIII</b> (aktuell gültiger Gesetzestext)	<b>Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017</b>	<b>Vorschlag</b> in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	<b>Kommentar</b>
--	--	---	------------------

	<p><b>Neu: § 36c Zulässigkeit von Auslandsmaßnahmen</b></p> <p>1) Hilfen nach diesem Abschnitt sind in der Regel im Inland zu erbringen; sie dürfen nur dann im Ausland erbracht werden, wenn dem Bedarf des Kindes oder des Jugendlichen im Einzelfall nur dadurch entsprochen werden kann. Dies ist im Hilfeplan darzulegen.</p> <p>2) Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe soll vor der Entscheidung über die Gewährung einer Hilfe, die ganz oder teilweise im Ausland erbracht wird,</p> <p>1. zur Feststellung einer seelischen Störung mit Krankheitswert die Stellungnahme einer in § 35a Absatz 1a Satz 1 genannten Person einholen,</p> <p>2. sicherstellen, dass</p> <p>a) der Leistungserbringer über eine Betriebserlaubnis nach § 45 für eine Einrichtung im Inland verfügt, in der Hilfe zur Erziehung erbracht wird und die Gewähr dafür bietet, dass er die Rechtsvorschriften des Aufenthaltsstaates einhält und mit den Behörden des Aufenthaltslandes sowie den deutschen Vertretungen im Ausland zusammenarbeitet,</p> <p>b) mit der Erbringung der Hilfen nur Fachkräfte nach § 72 Absatz 1 betraut werden,</p>	<p><b>Neu: § 36c Zulässigkeit von Auslandsmaßnahmen</b></p> <p>1) Hilfen nach diesem Abschnitt sind <b>grundsätzlich in der Regel</b> im Inland zu erbringen; sie dürfen <b>nur</b> dann im Ausland erbracht werden, wenn dem Bedarf des Kindes oder des Jugendlichen im Einzelfall <b>nur</b> dadurch entsprochen werden kann. Dies ist im Hilfeplan darzulegen.</p> <p>2) Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe soll vor der Entscheidung über die Gewährung einer Hilfe, die ganz oder teilweise im Ausland erbracht wird,</p> <p>1. zur Feststellung einer seelischen Störung mit Krankheitswert die Stellungnahme einer in § 35a Absatz 1a Satz 1 genannten Person einholen,</p> <p>2. sicherstellen, dass</p> <p>a) der Leistungserbringer über eine Betriebserlaubnis nach § 45 für eine Einrichtung im Inland verfügt, in der Hilfe zur Erziehung erbracht wird und die Gewähr dafür bietet, dass er die Rechtsvorschriften des Aufenthaltsstaates einhält und mit den Behörden des Aufenthaltslandes sowie den deutschen Vertretungen im Ausland zusammenarbeitet,</p> <p>b) mit der Erbringung der Hilfen nur Fachkräfte nach § 72 Absatz 1 betraut werden,</p>	
--	--	---	--

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	--	-----------

	<p>c) die Überprüfung und Fortschreibung des Hilfeplans unter Beteiligung des Kindes oder des Jugendlichen in der Regel am Ort der Leistungserbringung erfolgt und</p> <p>d) mit dem Leistungserbringer über die Qualität der Maßnahme eine Vereinbarung abgeschlossen wird; dabei sind die fachlichen Handlungsleitlinien des überörtlichen Trägers anzuwenden,</p> <p>(3) die Eignung der mit der Leistungserbringung zu betrauenden Einrichtung oder Person an Ort und Stelle überprüfen und</p> <p>(4) der erlaubniserteilenden Behörde unverzüglich Angaben zum Leistungserbringer, zu Beginn und Ende der Leistungserbringung im Ausland sowie zum Aufenthaltsort des Kindes oder des Jugendlichen melden.</p>	<p>c) die Überprüfung und Fortschreibung des Hilfeplans unter Beteiligung des Kindes oder des Jugendlichen in der Regel am Ort der Leistungserbringung erfolgt und</p> <p>d) mit dem Leistungserbringer über die Qualität der Maßnahme eine Vereinbarung abgeschlossen wird; dabei sind die fachlichen Handlungsleitlinien des überörtlichen Trägers gemäß Absatz 5 anzuwenden,</p> <p>(3) die Eignung der mit der Leistungserbringung zu betrauenden Einrichtung oder Person an Ort und Stelle überprüfen und</p> <p>(4) der erlaubniserteilenden Behörde unverzüglich Angaben zum Leistungserbringer, zu Beginn und Ende der Leistungserbringung im Ausland sowie zum Aufenthaltsort des Kindes oder des Jugendlichen melden.</p> <p>(5) Der Träger der überörtlichen Jugendhilfe entwickelt im Dialog mit den Spitzen- und Fachverbänden fachliche Handlungsleitlinien im Sinne des Absatz 2 Buchstabe d.</p>	
<p><b>§ 41 Hilfe für junge Volljährige, Nachbetreuung</b></p> <p>(1) Einem jungen Volljährigen soll Hilfe für die Persönlichkeitsentwicklung und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung gewährt werden, wenn und solange die</p>	<p><b>§ 41 Hilfe für junge Volljährige, Nachbetreuung</b></p> <p>1) Einem jungen Volljährigen soll Hilfe für die Persönlichkeitsentwicklung und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung gewährt werden, wenn und solange die Hilfe</p>	<p><b>§ 41 Hilfe für junge Volljährige, Nachbetreuung</b></p> <p>1) Einem jungen Volljährigen soll Hilfe für die Persönlichkeitsentwicklung und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung gewährt werden, wenn und solange die Hilfe</p>	

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
<p>Hilfe auf Grund der individuellen Situation des jungen Menschen notwendig ist. Die Hilfe wird in der Regel nur bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gewährt; in begründeten Einzelfällen soll sie für einen begrenzten Zeitraum darüber hinaus fortgesetzt werden.</p> <p>(2) Für die Ausgestaltung der Hilfe gelten § 27 Absatz 3 und 4 sowie die §§ 28 bis 30, 33 bis 36, 39 und 40 entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Personensorgeberechtigten oder des Kindes oder des Jugendlichen der junge Volljährige tritt.</p> <p>(3) Der junge Volljährige soll auch nach Beendigung der Hilfe bei der Verselbständigung im notwendigen Umfang beraten und unterstützt werden.</p>	<p>auf Grund der individuellen Situation des jungen Menschen notwendig ist. Die Hilfe wird in der Regel nur bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gewährt; in begründeten Einzelfällen soll sie für einen begrenzten Zeitraum darüber hinaus fortgesetzt werden.</p> <p>(2) Für die Ausgestaltung der Hilfe gelten § 27 Absatz 3 und 4 sowie die §§ 28 bis 30, 33 bis 36, 39 und 40 entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Personensorgeberechtigten oder des Kindes oder des Jugendlichen der junge Volljährige tritt.</p> <p>(3) Der junge Volljährige soll auch nach Beendigung der Hilfe bei der Verselbständigung im notwendigen Umfang beraten und unterstützt werden.</p>	<p>auf Grund der individuellen Situation des jungen Menschen notwendig ist. Die Hilfe wird in der Regel <del>nur</del> bis zur Vollendung des <del>21.</del> 24. Lebensjahres gewährt; in begründeten Einzelfällen soll sie für einen begrenzten Zeitraum darüber hinaus fortgesetzt werden.</p> <p>(2) Für die Ausgestaltung der Hilfe gelten § 27 Absatz 3 und 4 sowie die §§ 28 bis 30, 33 bis 36, 39 und 40 entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Personensorgeberechtigten oder des Kindes oder des Jugendlichen der junge Volljährige tritt.</p> <p>(3) Der junge Volljährige soll auch nach Beendigung der Hilfe bei der Verselbständigung im notwendigen Umfang beraten und unterstützt werden.</p>	<p>Bezugnahme auf den europäischen Vergleich der Hilfen für Junge Volljährige</p>
<p><b>§ 45 Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung</b></p> <p>(1) Der Träger einer Einrichtung, in der Kinder oder Jugendliche ganztägig oder für einen Teil des Tages betreut werden oder Unterkunft erhalten, bedarf für den Betrieb der Einrichtung der Erlaubnis. Einer Erlaubnis bedarf nicht, wer</p>	<p><b>§ 45 Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung</b></p> <p>(1) Der Träger einer Einrichtung, <del>in der Kinder oder Jugendliche ganztägig oder für einen Teil des Tages betreut werden oder Unterkunft erhalten, nach § 45a</del> bedarf für den Betrieb der Einrichtung der Erlaubnis. Einer Erlaubnis bedarf nicht, wer</p>	<p><b>§ 45 Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung</b></p> <p>(1) Der Träger einer Einrichtung, <del>in der Kinder oder Jugendliche ganztägig oder für einen Teil des Tages betreut werden oder Unterkunft erhalten, nach § 45a</del> <b>7 Abs. 5</b> bedarf für den Betrieb der Einrichtung der Erlaubnis. Einer Erlaubnis bedarf nicht, wer</p>	

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 (kursiv) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	---	-----------

<p>1. eine Jugendfreizeiteinrichtung, eine Jugendbildungseinrichtung, eine Jugendherberge oder ein Schullandheim betreibt, 2. ein Schülerheim betreibt, das landesgesetzlich der Schulaufsicht untersteht, 3. eine Einrichtung betreibt, die außerhalb der Jugendhilfe liegende Aufgaben für Kinder oder Jugendliche wahrnimmt, wenn für sie eine entsprechende gesetzliche Aufsicht besteht oder im Rahmen des Hotel- und Gaststättengewerbes der Aufnahme von Kindern oder Jugendlichen dient.</p> <p>(2) Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn das Wohl der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung gewährleistet ist.</p> <p>Dies ist in der Regel anzunehmen, wenn</p> <p>1. die dem Zweck und der Konzeption der Einrichtung entsprechenden räumlichen, fachlichen, wirtschaftlichen und personellen Voraussetzungen für den Betrieb erfüllt sind,</p>	<p>1. eine Jugendfreizeiteinrichtung, eine Jugendbildungseinrichtung, eine Jugendherberge oder ein Schullandheim betreibt, 2. ein Schülerheim betreibt, das landesgesetzlich der Schulaufsicht untersteht, 3. eine Einrichtung betreibt, die außerhalb der Jugendhilfe liegende Aufgaben für Kinder oder Jugendliche wahrnimmt, wenn für sie eine entsprechende gesetzliche Aufsicht besteht oder im Rahmen des Hotel- und Gaststättengewerbes der Aufnahme von Kindern oder Jugendlichen dient.</p> <p>(2) Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn das Wohl der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung gewährleistet ist.</p> <p>Dies ist in der Regel anzunehmen, wenn</p> <p><b>1. der Träger die für den Betrieb der Einrichtung erforderliche Zuverlässigkeit besitzt,</b></p> <p>2. die dem Zweck und der Konzeption der Einrichtung entsprechenden räumlichen, fachlichen, wirtschaftlichen und personellen Voraussetzungen für den Betrieb erfüllt sind <b>und durch den Träger gewährleistet werden,</b></p>	<p>1. eine Jugendfreizeiteinrichtung, eine Jugendbildungseinrichtung, eine Jugendherberge oder ein Schullandheim betreibt, 2. ein Schülerheim betreibt, das landesgesetzlich der Schulaufsicht untersteht, 3. eine Einrichtung betreibt, die außerhalb der Jugendhilfe liegende Aufgaben für Kinder oder Jugendliche wahrnimmt, wenn für sie eine entsprechende gesetzliche Aufsicht besteht oder im Rahmen des Hotel- und Gaststättengewerbes der Aufnahme von Kindern oder Jugendlichen dient. (2) Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn das Wohl der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung gewährleistet ist.</p> <p>Dies ist in der Regel anzunehmen, wenn</p> <p><b>1. keine Tatsachen bekannt sind, dass es dem Träger an der für den Betrieb der Einrichtung erforderliche Qualität fehlt, um das Wohl der betreuten Kinder und Jugendlichen sicherzustellen</b></p> <p>2. die dem Zweck und der Konzeption der Einrichtung entsprechenden räumlichen, fachlichen, wirtschaftlichen und personellen Voraussetzungen für den Betrieb erfüllt sind <b>und durch den Träger nachgewiesen werden,</b></p>	<p>Es soll kein Paradigmenwechsel in der Kinder- und Jugendhilfe stattfinden. So hatte der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages formuliert: „Mit dem SGB VIII wurde die Kinder- und Jugendhilfe 1990 auf eine neue Grundlage gestellt: weg vom Gedanken staatlicher Kontroll- und -und Eingriffsrechte hinzu einer unterstützenden beratenden Funktion der Jugendämter.“ Belastbare Gründe für eine Rolle rückwärts liegen nicht vor. Es macht</p>
---	---	---	--

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	--	-----------

<p>2. die gesellschaftliche und sprachliche Integration und ein gesundheitsförderliches Lebensumfeld in der Einrichtung unterstützt werden sowie die gesundheitliche Vorsorge und die medizinische Betreuung der Kinder und Jugendlichen nicht erschwert werden sowie</p> <p>3. zur Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Einrichtung geeignete Verfahren der Beteiligung sowie der Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten Anwendung finden.</p> <p>(3) Zur Prüfung der Voraussetzungen hat der Träger der Einrichtung mit dem Antrag</p> <p>1. die Konzeption der Einrichtung vorzulegen, die auch Auskunft über Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und -sicherung gibt, sowie</p> <p>2. im Hinblick auf die Eignung des Personals nachzuweisen, dass die Vorlage und Prüfung von aufgabenspezifischen Ausbildungsnachweisen sowie von Führungszeugnissen nach § 30 Absatz 5 und § 30a Absatz 1 des</p>	<p>3. die gesellschaftliche und sprachliche Integration und ein gesundheitsförderliches Lebensumfeld in der Einrichtung unterstützt werden sowie die gesundheitliche Vorsorge und die medizinische Betreuung der Kinder und Jugendlichen nicht erschwert werden sowie</p> <p>4. zur Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Einrichtung geeignete Verfahren der Beteiligung sowie der Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten innerhalb und außerhalb der Einrichtung gewährleistet werden.</p> <p>(3) Zur Prüfung der Voraussetzungen hat der Träger der Einrichtung mit dem Antrag</p> <p>1. die Konzeption der Einrichtung vorzulegen, die auch Auskunft über Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und -sicherung gibt, sowie</p> <p>2. im Hinblick auf die Eignung des Personals nachzuweisen, dass die Vorlage und Prüfung von aufgabenspezifischen Ausbildungsnachweisen sowie von Führungszeugnissen nach § 30 Absatz 5 und § 30a Absatz 1 des Bundeszentralregister-</p>	<p>3. die gesellschaftliche und sprachliche Integration und ein gesundheitsförderliches Lebensumfeld in der Einrichtung unterstützt werden sowie die gesundheitliche Vorsorge und die medizinische Betreuung der Kinder und Jugendlichen nicht erschwert werden sowie</p> <p>4. zur Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Einrichtung geeignete Verfahren der Beteiligung sowie der Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten innerhalb und außerhalb der Einrichtung gewährleistet werden.</p> <p>(3) Zur Prüfung der Voraussetzungen hat der Träger der Einrichtung mit dem Antrag</p> <p>1. die Konzeption der Einrichtung vorzulegen, die auch Auskunft über Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und -sicherung gibt, sowie</p> <p>2. im Hinblick auf die Eignung des Personals nachzuweisen, dass die Vorlage und Prüfung von aufgabenspezifischen Ausbildungsnachweisen sowie von Führungszeugnissen nach § 30 Absatz 5 und § 30a Absatz 1 des Bundeszentralregistergesetzes sichergestellt sind; Führungszeugnisse sind von dem Träger</p>	<p>deshalb keinen Sinn, Begrifflichkeiten aus dem Gewerbe oder Waffenrecht („Zuverlässigkeit“) ins Jugendhilferecht einzuführen, um einen repressiven dauerhaften Vollzug zu gewährleisten. Deshalb wurde im Entwurf der Versuch unternommen, Begrifflichkeiten aus dem Jugendhilferecht zu übernehmen. In Ziffer 1 wurde das Regel/Ausnahme-Prinzip zugunsten der privaten Jugendhilfe verändert und fehlende Qualität (und nicht Zuverlässigkeit) zum Maßstab gemacht. In Ziffer 2 die umfassende Begrifflichkeit der Gewährleistung durch den einmaligen Nachweis ersetzt.</p>
---	--	--	---

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	--	-----------

<p>Bundeszentralregistergesetzes sichergestellt sind; Führungszeugnisse sind von dem Träger der Einrichtung in regelmäßigen Abständen erneut anzufordern und zu prüfen.</p> <p>(4) Die Erlaubnis kann mit Nebenbestimmungen versehen werden. Zur Sicherung des Wohls der Kinder</p>	<p>gesetzes sichergestellt sind; Führungszeugnisse sind von dem Träger der Einrichtung in regelmäßigen Abständen erneut anzufordern und zu prüfen <b>sowie</b></p> <p><b>3. nachzuweisen, dass den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Buch- und Aktenführung entsprechende Aufzeichnungen über den Betrieb der Einrichtung und deren Ergebnisse angefertigt sowie eine mindestens dreijährige Aufbewahrung dieser Aufzeichnungen sichergestellt werden. Aus diesen Aufzeichnungen müssen insbesondere</b></p> <p><b>a) für jede Einrichtung gesondert die Nutzungsart, Lage, Zahl und Größe der Räume, die Belegung der Einrichtung und die regelmäßigen Arbeitszeiten des in der Einrichtung beschäftigten Personals und deren Dienstpläne sowie</b></p> <p><b>b) die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Trägers ersichtlich werden.</b></p> <p>(4) Die Erlaubnis kann mit Nebenbestimmungen versehen werden. Zur <b>Sicherung Gewährleistung</b> des Wohls der Kinder und der Jugendlichen können <del>auch</del> nachträgliche Auflagen</p>	<p>der Einrichtung in regelmäßigen Abständen erneut anzufordern und zu prüfen. <b>sowie</b></p> <p><del>3. nachzuweisen, dass den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Buch- und Aktenführung entsprechende Aufzeichnungen über den Betrieb der Einrichtung und deren Ergebnisse angefertigt sowie eine mindestens dreijährige Aufbewahrung dieser Aufzeichnungen sichergestellt werden. Aus diesen Aufzeichnungen müssen insbesondere</del></p> <p><del>a) für jede Teil-Einrichtung mit mehr als 5 Plätzen gesondert die Nutzungsart, Lage, Zahl und Größe der Räume, die Belegung der Einrichtung und die regelmäßigen Arbeitszeiten des in der Einrichtung beschäftigten Personals und deren Dienstpläne sowie</del></p> <p><del>b) die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Trägers ersichtlich werden.</del></p> <p>(4) Die Erlaubnis kann mit Nebenbestimmungen versehen werden. Zur Sicherung des Wohls der Kinder und der Jugendlichen können <del>auch</del> nachträgliche Auflagen erteilt werden.</p>	<p>Bei Inbetriebnahme einer neuen Einrichtung kann ein solcher Nachweis gem. Punkt 3 nicht geführt werden - deshalb ist Punkt 3 hier zu streichen. siehe Absatz 6)</p> <p>alte Formulierung um den neuen Begriff „Gewährleistung“ zu vermeiden.</p>
---	---	--	---

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	--	-----------

<p>und der Jugendlichen können auch nachträgliche Auflagen erteilt werden.</p> <p>(5) Besteht für eine erlaubnispflichtige Einrichtung eine Aufsicht nach anderen Rechtsvorschriften, so hat die zuständige Behörde ihr Tätigwerden zuvor mit der anderen Behörde abzustimmen. Sie hat den Träger der Einrichtung rechtzeitig auf weitergehende Anforderungen nach anderen Rechtsvorschriften hinzuweisen.</p> <p>(6) Sind in einer Einrichtung Mängel festgestellt worden,</p>	<p>erteilt werden.</p> <p>(5) Besteht für eine erlaubnispflichtige Einrichtung eine Aufsicht nach anderen Rechtsvorschriften, so hat die zuständige Behörde ihr Tätigwerden zuvor mit der anderen Behörde abzustimmen. Sie hat den Träger der Einrichtung rechtzeitig auf weitergehende Anforderungen nach anderen Rechtsvorschriften hinzuweisen.</p> <p>(6) Sind in einer Einrichtung Mängel festgestellt worden,</p>	<p>(5) Besteht für eine erlaubnispflichtige Einrichtung eine Aufsicht nach anderen Rechtsvorschriften, so hat die zuständige Behörde ihr Tätigwerden zuvor mit der anderen Behörde abzustimmen. Sie hat den Träger der Einrichtung rechtzeitig auf weitergehende Anforderungen nach anderen Rechtsvorschriften hinzuweisen.</p> <p>(6) <del>Sind in einer Einrichtung Mängel festgestellt worden,</del></p> <p>Liegen in einer Einrichtung Mängel vor, insbesondere werden</p> <p>a) die nach den geltenden gesetzlichen Vorgaben den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Aktenführung entsprechende Aufzeichnungen über den Betrieb der Einrichtung und deren Ergebnisse nicht angefertigt oder</p> <p>b) für jede Einrichtung gesondert die Nutzungsart, Lage, Zahl und Größe der Räume, die Belegung der Einrichtung und sofern in der Betriebsstätte mehr als 3 Kinder betreut werden, die regelmäßig Arbeitszeiten des in der Einrichtung beschäftigten Personals und deren Dienstpläne nicht vorgelegt,</p>	<p>ab 3 Plätzen – Grund: Verhältnismäßigkeitsprinzip</p>
---	---	---	--

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 (kursiv) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	---	-----------

<p>so soll die zuständige Behörde zunächst den Träger der Einrichtung über die Möglichkeiten zur Beseitigung der Mängel beraten. Wenn sich die Beseitigung der Mängel auf Entgelte oder Vergütungen nach § 75 des Zwölften Buches auswirken kann, so ist der Träger der Sozialhilfe an der Beratung zu beteiligen, mit dem Vereinbarungen nach dieser Vorschrift bestehen. Werden festgestellte Mängel nicht behoben, so können dem Träger der Einrichtung Auflagen erteilt werden, die zur Beseitigung einer eingetretenen oder Abwendung einer drohenden Beeinträchtigung oder Gefährdung des Wohls der Kinder oder Jugendlichen erforderlich sind.</p> <p>Wenn sich eine Auflage auf Entgelte oder Vergütungen nach § 75 des Zwölften Buches auswirkt, so entscheidet die zuständige Behörde nach Anhörung des Trägers der Sozialhilfe, mit dem Vereinbarungen nach dieser Vorschrift bestehen, über die Erteilung der Auflage. Die Auflage ist nach Möglichkeit in Übereinstimmung mit Vereinbarungen nach den §§ 75 bis</p>	<p>so soll die zuständige Behörde zunächst den Träger der Einrichtung über die Möglichkeiten zur Beseitigung der Mängel beraten. Wenn sich die Beseitigung der Mängel auf Entgelte oder Vergütungen nach § 75 des Zwölften Buches auswirken kann, so ist der Träger der Sozialhilfe an der Beratung zu beteiligen, mit dem Vereinbarungen nach dieser Vorschrift bestehen. Werden festgestellte Mängel nicht behoben, so können dem Träger der Einrichtung Auflagen <del>nach Absatz 4 Satz 2</del> erteilt werden, <del>die zur Beseitigung einer eingetretenen oder Abwendung einer drohenden Beeinträchtigung oder Gefährdung des Wohls der Kinder oder Jugendlichen erforderlich sind.</del></p> <p>Wenn sich eine Auflage auf Entgelte oder Vergütungen nach § 75 des Zwölften Buches auswirkt, so entscheidet die zuständige Behörde nach Anhörung des Trägers der Sozialhilfe, mit dem Vereinbarungen nach dieser Vorschrift bestehen, über die Erteilung der Auflage. Die Auflage ist nach Möglichkeit in Übereinstimmung mit Vereinbarungen nach den §§ 75 bis 80 des Zwölften Buches auszugestalten.</p>	<p>so soll die zuständige Behörde zunächst den Träger der Einrichtung über die Möglichkeiten zur Beseitigung der Mängel beraten. Wenn sich die Beseitigung der Mängel auf Entgelte oder Vergütungen nach § 75 des Zwölften Buches auswirken kann, so ist der Träger der Sozialhilfe an der Beratung zu beteiligen, mit dem Vereinbarungen nach dieser Vorschrift bestehen. Werden festgestellte Mängel nicht behoben, so können dem Träger der Einrichtung Auflagen <del>nach Absatz 4 Satz 2</del> erteilt werden, <del>die zur Beseitigung einer eingetretenen oder Abwendung einer drohenden Beeinträchtigung oder Gefährdung des Wohls der Kinder oder Jugendlichen erforderlich sind.</del></p> <p>Wenn sich eine Auflage auf Entgelte oder Vergütungen nach § 75 des Zwölften Buches auswirkt, so entscheidet die zuständige Behörde nach Anhörung des Trägers der Sozialhilfe, mit dem Vereinbarungen nach dieser Vorschrift bestehen, über die Erteilung der Auflage. Die Auflage ist nach Möglichkeit in Übereinstimmung mit Vereinbarungen nach den §§ 75 bis</p>	
--	--	---	--

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
<p>80 des Zwölften Buches auszugestalten.</p> <p>(7) Die Erlaubnis ist zurückzunehmen oder zu widerrufen, wenn das Wohl der Kinder oder der Jugendlichen in der Einrichtung gefährdet und der Träger der Einrichtung nicht bereit oder nicht in der Lage ist, die Gefährdung abzuwenden.</p> <p>Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Rücknahme oder den Widerruf der Erlaubnis haben keine aufschiebende Wirkung.</p>	<p>(7) Die Erlaubnis ist zurückzunehmen oder zu widerrufen, wenn das Wohl der Kinder oder der Jugendlichen in der Einrichtung gefährdet und der Träger nicht bereit oder nicht in der Lage ist, die Gefährdung abzuwenden. <b>Sie kann zurückgenommen werden, wenn die Voraussetzungen für eine Erteilung nach Absatz 2 nicht oder nicht mehr vorliegen. § 47 Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 3 des Zehnten Buches bleiben unberührt.</b> Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Rücknahme oder den Widerruf der Erlaubnis haben keine aufschiebende Wirkung.</p>	<p>80 des Zwölften Buches auszugestalten.</p> <p>(7) Die Erlaubnis ist zurückzunehmen oder zu widerrufen, wenn das Wohl der Kinder oder der Jugendlichen in der Einrichtung gefährdet und der Träger nicht bereit oder nicht in der Lage ist, die Gefährdung abzuwenden. <b>Sie kann zurückgenommen werden, wenn die Voraussetzungen für eine Erteilung nach Absatz 2 nicht oder nicht mehr vorliegen. § 47 Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 3 des Zehnten Buches bleiben unberührt.</b> Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Rücknahme oder den Widerruf der Erlaubnis haben <b>keine</b> aufschiebende Wirkung.</p>	<p>Eine entsprechende Auflage kann die Existenz einer Einrichtung gefährden. Deshalb ist hier ausreichenden Rechtsschutz zu gewähren. Bei einer Kindeswohlgefährdung nach § 8 können die Kinder jederzeit aus der Einrichtung herausgenommen werden.</p>
	<p><b>§ 45a Einrichtung</b> (1) Eine Einrichtung ist eine auf gewisse Dauer angelegte förmliche Verbindung ortsgebundener räumlicher, personeller und sachlicher Mittel mit dem Zweck der ganztägigen oder über einen Teil des Tages erfolgenden Unterkunftsgewährung sowie Betreuung, Beaufsichtigung, Erziehung, Bildung, Ausbildung von Kindern und Jugendlichen außerhalb ihrer Familie, wenn der Bestand</p>	<p><b>siehe § 7</b></p>	

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	--	-----------

	unabhängig von bestimmten Kindern und Jugendlichen, den dort tätigen Personen und der Zuordnung bestimmter Kinder und Jugendlicher zu bestimmten dort tätigen Personen ist.		
<p><b>§ 46 Örtliche Prüfung</b> (1) Die zuständige Behörde soll nach den Erfordernissen des Einzelfalls an Ort und Stelle überprüfen, ob die Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis weiter bestehen. Der Träger der Einrichtung soll bei der örtlichen Prüfung mitwirken.</p> <p>Sie soll das Jugendamt und einen zentralen Träger der freien Jugendhilfe, wenn diesem der Träger der Einrichtung angehört, an der Überprüfung beteiligen.</p>	<p><b>§ 46 Örtliche-Prüfung</b> (1) Die zuständige Behörde soll nach den Erfordernissen des Einzelfalls <del>an-Ort und Stelle</del> überprüfen, ob die Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis weiter bestehen. <b>Häufigkeit, Art und Umfang der Prüfung müssen nach fachlicher Einschätzung im Einzelfall zur Gewährleistung des Schutzes des Wohls der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung geeignet, erforderlich und angemessen sein.</b> Sie soll das Jugendamt und einen zentralen Träger der freien Jugendhilfe, wenn diesem der Träger der Einrichtung angehört, an der Überprüfung beteiligen. <b>Der Träger der Einrichtung hat der zuständigen Behörde insbesondere alle für die Prüfung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.</b></p>	<p><b>§ 46 Prüfung</b> (1) Die zuständige Behörde soll nach <b>in angemessenen Zeitabständen oder aus gegebenen Anlass</b> nach den Erfordernissen des Einzelfalls <del>an-Ort und Stelle</del>, überprüfen, ob die Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis weiter bestehen. <b>Häufigkeit, Art und Umfang der Prüfung müssen nach fachlicher Einschätzung im Einzelfall zur Gewährleistung des Schutzes des Wohls der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung geeignet, erforderlich und angemessen sein.</b> <del>Sie soll das Jugendamt und einen zentralen Träger der freien Jugendhilfe, wenn diesem der Träger der Einrichtung angehört, an der Überprüfung beteiligen.</del> Der Träger der Einrichtung soll bei der örtlichen Prüfung mitwirken. Die zuständige Behörde kann das beteiligte Jugendamt bzw. die beteiligten Jugendämter an der Überprüfung hinzuziehen.</p>	<p>Weniger Kontrollfunktion sondern mehr Beratung durch das LJA/ Dialoge führen sollte im Vordergrund stehen</p>

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	--	-----------

<p>(2) Die von der zuständigen Behörde mit der Überprüfung der Einrichtung beauftragten Personen sind berechtigt, die für die Einrichtung benutzten Grundstücke und Räume, soweit diese nicht einem Hausrecht der Bewohner unterliegen, während der Tageszeit zu betreten, dort Prüfungen und Besichtigungen vorzunehmen, sich mit den Kindern und Jugendlichen in Verbindung zu setzen und die Beschäftigten zu befragen.</p> <p>Zur Abwehr von Gefahren für das Wohl der Kinder und der Jugendlichen können die Grundstücke und Räume auch außerhalb der in Satz 1 genannten Zeit und auch, wenn sie zugleich einem Hausrecht der Bewohner unterliegen, betreten werden.</p>	<p>(2) <b>Örtliche Prüfungen können jederzeit unangemeldet erfolgen. Der Träger der Einrichtung soll bei der örtlichen Prüfung mitwirken.</b></p> <p><del>(2)</del> (3) Die von der zuständigen Behörde mit der Überprüfung der Einrichtung beauftragten Personen sind berechtigt, die für die Einrichtung benutzten Grundstücke und Räume, soweit diese nicht einem Hausrecht der Bewohner unterliegen, während der Tageszeit zu betreten, dort Prüfungen und Besichtigungen vorzunehmen <b>sowie mit den Beschäftigten und, wenn die Personensorgeberechtigten damit einverstanden sind,</b> mit den Kindern und Jugendlichen <b>Einzelgespräche zu führen.</b></p> <p>Zur Abwehr von Gefahren für das Wohl der Kinder und Jugendlichen können die Grundstücke und Räume auch außerhalb der in Satz 1 genannten Zeit und auch, wenn <b>sie diese</b> zugleich einem Hausrecht der Bewohner unterliegen, betreten werden <b>sowie Einzelgespräche mit den Kindern und Jugendlichen ohne Kenntnis der Personensor-</b></p>	<p><del>(2) Örtliche Prüfungen können jederzeit unangemeldet erfolgen. Der Träger der Einrichtung soll bei der örtlichen Prüfung mitwirken.</del></p> <p><del>(2)</del> (3) Die von der zuständigen Behörde mit der Überprüfung der Einrichtung beauftragten Personen sind berechtigt, die für die Einrichtung benutzten Grundstücke und Räume, soweit diese nicht einem Hausrecht der Bewohner unterliegen, während der Tageszeit zu betreten, dort Prüfungen und Besichtigungen vorzunehmen <b>sowie mit den Beschäftigten und, wenn die Personensorgeberechtigten damit einverstanden sind,</b> mit den Kindern und Jugendlichen <b>Einzelgespräche zu führen.</b></p> <p>Zur Abwehr von Gefahren für das Wohl der Kinder und Jugendlichen können die Grundstücke und Räume auch außerhalb der in Satz 1 genannten Zeit und auch, wenn <b>sie diese</b> zugleich einem Hausrecht der Bewohner unterliegen, betreten werden <b>sowie Einzelgespräche mit den Kindern und Jugendlichen ohne Kenntnis der Per-</b></p>	
--	--	--	--

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	--	-----------

<p>Der Träger der Einrichtung hat die Maßnahmen nach den Sätzen 1 und 2 zu dulden.</p>	<p>geberechtigten geführt werden. Bestehen Anhaltspunkte dafür, dass das Wohl der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung nicht gewährleistet ist, so können mit diesen Einzelgespräche ohne Kenntnis der Personensorgeberechtigten geführt werden, wenn dies für die Wirksamkeit der Prüfung im Einzelfall erforderlich ist. Der Träger der Einrichtung hat die Maßnahmen nach den Sätzen 1 bis 3 zu dulden.</p>	<p><del>sonensorgeberechtigten geführt werden.</del> Bestehen Anhaltspunkte dafür, dass das Wohl der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung nicht gewährleistet ist, so können mit diesen Einzelgespräche <del>ohne Kenntnis der Personensorgeberechtigten</del> mit Zustimmung des Sorgeberechtigten, und in Wahrnehmung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung gem. § 8a, auch ohne Zustimmung und ohne Inkenntnissetzung des Sorgeberechtigten geführt werden, wenn dies für die Wirksamkeit der Prüfung im Einzelfall erforderlich ist. Der Träger der Einrichtung hat die Maßnahmen nach den Sätzen 1 bis 3 zu dulden.</p>	
<p><b>§ 47 Meldepflichten</b> Der Träger einer erlaubnispflichtigen Einrichtung hat der zuständigen Behörde unverzüglich</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Betriebsaufnahme unter Angabe von Name und Anschrift des Trägers, Art und Standort der Einrichtung, der Zahl der verfügbaren Plätze sowie der Namen und der beruflichen Ausbildung des Leiters und der Betreuungskräfte,</li> <li>2. Ereignisse oder Entwicklungen, die geeignet sind, das Wohl der Kinder und Jugendlichen zu beeinträchtigen, sowie</li> </ol>	<p><b>§ 47 Meldepflichten</b> (1) Der Träger einer erlaubnispflichtigen Einrichtung hat der zuständigen Behörde unverzüglich</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Betriebsaufnahme unter Angabe von Name und Anschrift des Trägers, Art und Standort der Einrichtung, der Zahl der verfügbaren Plätze sowie der Namen und der beruflichen Ausbildung des Leiters und der Betreuungskräfte,</li> <li>2. Ereignisse oder Entwicklungen, die geeignet sind, das Wohl der Kin-</li> </ol>	<p><b>§ 47 Meldepflichten</b> (1) Der Träger einer erlaubnispflichtigen Einrichtung hat der zuständigen Behörde unverzüglich</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Betriebsaufnahme unter Angabe von Name und Anschrift des Trägers, Art und Standort der Einrichtung, der Zahl der verfügbaren Plätze sowie der Namen und der beruflichen Ausbildung des Leiters und der Betreuungskräfte,</li> <li>2. Ereignisse oder Entwicklungen, die geeignet sind, das Wohl der Kin-</li> </ol>	

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	--	-----------

<p>3. die bevorstehende Schließung der Einrichtung anzuzeigen. Änderungen der in Nummer 1 bezeichneten Angaben sowie der Konzeption sind der zuständigen Behörde unverzüglich, die Zahl der belegten Plätze ist jährlich einmal zu melden.</p>	<p>der und Jugendlichen zu beeinträchtigen, sowie</p> <p>3. die bevorstehende Schließung der Einrichtung anzuzeigen. Änderungen der in Nummer 1 bezeichneten Angaben sowie der Konzeption sind der zuständigen Behörde unverzüglich, die Zahl der belegten Plätze ist jährlich einmal zu melden.</p> <p>(2) Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe, in dessen Zuständigkeitsbereich erlaubnispflichtige Einrichtungen liegen oder der die erlaubnispflichtige Einrichtung mit Kindern und Jugendlichen belegt, und die zuständige Behörde haben sich gegenseitig über Ereignisse oder Entwicklungen nach Absatz 1 Nummer 2 unverzüglich zu informieren.</p>	<p>der und Jugendlichen zu beeinträchtigen, sowie</p> <p>3. die bevorstehende Schließung der Einrichtung anzuzeigen. Änderungen der in Nummer 1 bezeichneten Angaben sowie der Konzeption sind der zuständigen Behörde unverzüglich, die Zahl der belegten Plätze ist jährlich einmal zu melden.</p> <p>(2) Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe, in dessen Zuständigkeitsbereich erlaubnispflichtige Einrichtungen liegen oder der die erlaubnispflichtige Einrichtung mit Kindern und Jugendlichen belegt, und die zuständige Behörde haben sich gegenseitig über Ereignisse oder Entwicklungen nach Absatz 1 Nummer 2 unverzüglich zu informieren.</p>	
<p><b>§ 50 Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten</b> (...)</p> <p>(2) Das Jugendamt unterrichtet insbesondere über angebotene und erbrachte Leistungen, bringt erzieherische und soziale Gesichtspunkte zur Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen ein und weist auf weitere Möglichkeiten der Hilfe hin. (...)</p>	<p><b>§ 50 Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten</b> (...)</p> <p>(2) Das Jugendamt unterrichtet insbesondere über angebotene und erbrachte Leistungen, bringt erzieherische und soziale Gesichtspunkte zur Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen ein und weist auf weitere Möglichkeiten der Hilfe hin. <b>In Verfahren nach den §§ 1631b, 1632</b></p>	<p><b>§ 50 Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten</b> (...)</p> <p>(2) Das Jugendamt unterrichtet insbesondere über angebotene und erbrachte Leistungen, bringt erzieherische und soziale Gesichtspunkte zur Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen ein und weist auf weitere Möglichkeiten der Hilfe hin. <b>In Verfahren nach den §§ 1631b, 1632</b></p>	<p>Verweis auf Positionspapier DSGT zur «Rechtswegdiversität» und «Paritätisches Wechselmodell»</p>

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
	<p>Absatz 4, §§ 1666 und 1666a des Bürgerlichen Gesetzbuchs sowie in Verfahren, die die Abänderung, Verlängerung oder Aufhebung von nach diesen Vorschriften getroffenen Maßnahmen betreffen, legt das Jugendamt dem Familiengericht den Hilfeplan nach § 36 Absatz 2 Satz 2 vor. In anderen die Person des Kindes betreffenden Kindschaftssachen legt das Jugendamt den Hilfeplan auf Anforderung des Familiengerichts vor. Das Jugendamt informiert das Familiengericht in dem Termin nach § 155 Absatz 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit über den Stand des Beratungsprozesses. § 64 Absatz 2 und § 65 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 bleiben unberührt. (3) [...]</p>	<p>Absatz 4, §§ 1666 und 1666a des Bürgerlichen Gesetzbuchs sowie in Verfahren, die die Abänderung, Verlängerung oder Aufhebung von nach diesen Vorschriften getroffenen Maßnahmen betreffen, legt das Jugendamt dem Familiengericht den Hilfeplan nach § 36 Absatz 2 Satz 2 vor. In anderen die Person des Kindes betreffenden Kindschaftssachen legt das Jugendamt den Hilfeplan auf Anforderung des Familiengerichts vor. Das Jugendamt informiert das Familiengericht in dem Termin nach § 155 Absatz 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit über den Stand des Beratungsprozesses. § 64 Absatz 2 und § 65 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 bleiben unberührt. (3) [...]</p>	
<p><b>§ 52 Mitwirkung in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz</b> (1) Das Jugendamt hat nach Maßgabe der §§ 38 und 50 Absatz 3 Satz 2 des Jugendgerichtsgesetzes im Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz mitzuwirken.</p>	<p><b>§ 52 Mitwirkung in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz</b> (1) Das Jugendamt hat nach Maßgabe der §§ 38 und 50 Absatz 3 Satz 2 des Jugendgerichtsgesetzes im Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz mitzuwirken. <b>Dabei soll</b></p>	<p><b>§ 52 Mitwirkung in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz</b> (1) Das Jugendamt hat nach Maßgabe der §§ 38 und 50 Absatz 3 Satz 2 des Jugendgerichtsgesetzes im Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz mitzuwirken. <b>Wenn es</b></p>	<p>siehe DSGT</p>

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	--	-----------

	<p>das Jugendamt auch mit anderen öffentlichen Einrichtungen und sonstigen Stellen, deren Tätigkeit sich auf die Lebenssituation des Jugendlichen oder jungen Volljährigen auswirkt, zusammenarbeiten, soweit dies zur Erfüllung seiner ihm dabei obliegenden Aufgaben erforderlich ist. Die behördenübergreifende Zusammenarbeit kann im Rahmen von gemeinsamen Konferenzen oder vergleichbaren gemeinsamen Gremien oder in anderen nach fachlicher Einschätzung geeigneten Formen erfolgen.</p> <p>(2) Das Jugendamt hat frühzeitig zu prüfen, ob für den Jugendlichen oder den jungen Volljährigen Leistungen der Jugendhilfe <b>oder anderer Sozialleistungsträger</b> in Betracht kommen. Ist dies der Fall oder ist eine geeignete Leistung bereits eingeleitet oder gewährt worden, so hat das Jugendamt den Staatsanwalt oder den Richter umgehend davon zu unterrichten, damit geprüft werden kann, ob diese Leistung ein Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) oder eine Einstellung des Verfahrens (§ 47 JGG) ermöglicht.</p>	<p>zur Erfüllung seiner ihm dabei obliegenden Aufgaben erforderlich ist, soll das Jugendamt mit öffentlichen Einrichtungen und sonstigen Stellen, deren Tätigkeit sich auf die Lebenssituation des Jugendlichen oder jungen Volljährigen auswirkt, zusammenarbeiten. Die Zusammenarbeit soll im Rahmen von gemeinsamen Konferenzen oder vergleichbaren gemeinsamen Gremien oder in anderen nach fachlicher Einschätzung geeigneten Formen erfolgen.</p> <p>(2) Das Jugendamt hat frühzeitig zu prüfen, ob für den Jugendlichen oder den jungen Volljährigen Leistungen der Jugendhilfe <b>oder anderer Sozialleistungsträger</b> in Betracht kommen. Ist dies der Fall oder ist eine geeignete Leistung bereits eingeleitet oder gewährt worden, so hat das Jugendamt den Staatsanwalt oder den Richter umgehend davon zu unterrichten, damit geprüft werden kann, ob diese Leistung ein Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG) oder eine Einstellung des Verfahrens (§ 47 JGG) ermöglicht.</p> <p>(3) [...]</p>	
--	--	---	--

<b>SGB VIII</b> (aktuell gültiger Gesetzestext)	<b>Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017</b>	<b>Vorschlag</b> in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	<b>Kommentar</b>
--	--	---	------------------

	(3) [...]		
<b>§ 58a Sorgeregister; Bescheinigung über Nichtvorliegen von Eintragungen im Sorgeregister</b> (1) Zum Zwecke der Erteilung der Bescheinigung nach Absatz 2 wird für Kinder nicht miteinander verheirateter Eltern bei dem nach § 87c Absatz 6 Satz 2 zuständigen Jugendamt ein Sorgeregister geführt. In das Sorgeregister erfolgt jeweils eine Eintragung, wenn <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Sorgeerklärungen nach § 1626a Absatz 1 Nummer 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs abgegeben werden oder</li> <li>2. aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung die elterliche Sorge den Eltern ganz oder zum Teil gemeinsam übertragen wird.</li> </ol>	<b>§58a Auskunft über Alleinsorge aus dem Sorgeregister</b> (1) Zum Zwecke der Erteilung der Bescheinigung <b>schriftlichen Auskunft</b> nach Absatz 2 wird für Kinder nicht miteinander verheirateter Eltern bei dem nach § 87c Absatz 6 Satz 2 zuständigen Jugendamt ein Sorgeregister geführt. In das Sorgeregister erfolgt jeweils eine Eintragung, wenn <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Sorgeerklärungen nach § 1626a Absatz 1 Nummer 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs abgegeben werden, <del>oder</del></li> <li>2. aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung die elterliche Sorge den Eltern ganz oder zum Teil gemeinsam übertragen wird <b>oder</b></li> <li>3. die elterliche Sorge aufgrund einer rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung der Mutter ganz oder zum Teil entzogen wird.</li> </ol>	<b>§58a Auskunft über Alleinsorge aus dem Sorgeregister</b> (1) Zum Zwecke der Erteilung der Bescheinigung <b>schriftlichen Auskunft</b> nach Absatz 2 wird für Kinder nicht miteinander verheirateter Eltern bei dem nach § 87c Absatz 6 Satz 2 zuständigen Jugendamt ein Sorgeregister geführt. In das Sorgeregister erfolgt jeweils eine Eintragung, wenn <ol style="list-style-type: none"> <li>3. Sorgeerklärungen nach § 1626a Absatz 1 Nummer 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs abgegeben werden, <del>oder</del></li> <li>4. aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung die elterliche Sorge den Eltern ganz oder zum Teil gemeinsam übertragen wird <b>oder</b></li> <li>3. die elterliche Sorge aufgrund einer rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung der Mutter ganz oder zum Teil entzogen wird.</li> </ol>	

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	--	-----------

<p>Das Sorgeregister enthält auch Eintragungen, wenn Sorgeerklärungen nach Artikel 224 § 2 Absatz 3 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche in der bis zum 19. Mai 2013 geltenden Fassung ersetzt wurden.</p> <p>(2) Liegen keine Eintragungen im Sorgeregister vor, so erhält die mit dem Vater des Kindes nicht verheiratete Mutter auf Antrag hierüber eine Bescheinigung von dem nach § 87c Absatz 6 Satz 1 zuständigen Jugendamt. Die Mutter hat dafür Geburtsdatum und Geburtsort des Kindes oder des Jugendlichen anzugeben sowie den Namen, den das Kind oder der Jugendliche zur Zeit der Beurkundung seiner Geburt geführt hat.</p>	<p><del>Das Sorgeregister enthält auch Eintragungen, wenn Sorgeerklärungen nach Artikel 224 § 2 Absatz 3 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche in der bis zum 19. Mai 2013 geltenden Fassung ersetzt wurden.</del></p> <p>(2) Liegen keine Eintragungen im Sorgeregister vor, so erhält die mit dem Vater des Kindes nicht verheiratete Mutter auf Antrag hierüber eine <b>schriftliche Auskunft</b> von dem nach § 87c Absatz 6 Satz 1 zuständigen Jugendamt. Die Mutter hat dafür Geburtsdatum und Geburtsort des Kindes oder des Jugendlichen anzugeben sowie den Namen, den das Kind oder der Jugendliche zur Zeit der Beurkundung seiner Geburt geführt hat. <b>. Bezieht sich die gerichtliche Entscheidung nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 oder Nummer 3 nur auf Teile der elterlichen Sorge, so erhält die mit dem Vater des Kindes nicht verheiratete Mutter auf Antrag eine schriftliche Auskunft darüber, dass Eintragungen nur in Bezug auf die durch die Entscheidung betroffenen Teile der elterlichen Sorge vorliegen. Satz 2 gilt entsprechend.</b></p>	<p><del>Das Sorgeregister enthält auch Eintragungen, wenn Sorgeerklärungen nach Artikel 224 § 2 Absatz 3 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche in der bis zum 19. Mai 2013 geltenden Fassung ersetzt wurden.</del></p> <p>(2) Liegen keine Eintragungen im Sorgeregister vor, so erhält die mit dem Vater des Kindes nicht verheiratete Mutter auf Antrag hierüber eine <b>schriftliche Auskunft</b> von dem nach § 87c Absatz 6 Satz 1 zuständigen Jugendamt. Die Mutter hat dafür Geburtsdatum und Geburtsort des Kindes oder des Jugendlichen anzugeben sowie den Namen, den das Kind oder der Jugendliche zur Zeit der Beurkundung seiner Geburt geführt hat. <b>. Bezieht sich die gerichtliche Entscheidung nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 oder Nummer 3 nur auf Teile der elterlichen Sorge, so erhält die mit dem Vater des Kindes nicht verheiratete Mutter auf Antrag eine schriftliche Auskunft darüber, dass Eintragungen nur in Bezug auf die durch die Entscheidung betroffenen Teile der elterlichen Sorge vorliegen. Satz 2 gilt entsprechend.</b></p>	
--	--	--	--

<b>SGB VIII</b> <b>(aktuell gültiger Gesetzestext)</b>	<b>Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017</b>	<b>Vorschlag</b> <b>in Rot = Entwurf v. 27.06.2017</b> <b>in Orange = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 (kursiv)</b> <b>in Blau = eigener Vorschlag</b>	<b>Kommentar</b>
---	--	--	------------------

<p><b>§ 72a Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen</b></p> <p>(1) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe dürfen für die Wahrnehmung der Aufgaben in der Kinder- und Jugendhilfe keine Person beschäftigen oder vermitteln, die rechtskräftig wegen einer Straftat nach den §§ 171, 174 bis 174c, 176 bis 180a, 181a, 182 bis 184g, 184i, 225, 232 bis 233a, 234, 235 oder 236 des Strafgesetzbuchs verurteilt worden ist. Zu diesem Zweck sollen sie sich bei der Einstellung oder Vermittlung und in regelmäßigen Abständen von den betroffenen Personen ein Führungszeugnis nach § 30 Absatz 5 und § 30a Absatz 1 des Bundeszentralregistergesetzes vorlegen lassen.</p> <p>(3)-(4)</p> <p>(5) Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe dürfen von den nach den Absätzen 3 und 4 eingesehenen Daten nur den Umstand, dass Einsicht in ein Führungszeugnis genommen wurde, das Datum des Führungszeugnisses und die Information erheben, ob die das Führungszeugnis betreffende Person wegen einer Straftat nach Absatz 1 Satz 1 rechtskräftig verurteilt worden ist.</p>	<p><b>§ 72a Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen</b></p> <p>(1) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe dürfen für die Wahrnehmung der Aufgaben in der Kinder- und Jugendhilfe keine Person beschäftigen oder vermitteln, die rechtskräftig wegen einer Straftat nach den §§ 171, 174 bis 174c, 176 bis 180a, 181a, 182 bis 184g, <b>184j</b>, 225, 232 bis 233a, 234, 235 oder 236 des Strafgesetzbuchs verurteilt worden ist. Zu diesem Zweck sollen sie sich bei der Einstellung oder Vermittlung und in regelmäßigen Abständen von den betroffenen Personen ein Führungszeugnis nach § 30 Absatz 5 und § 30a Absatz 1 des Bundeszentralregistergesetzes vorlegen lassen.</p> <p>(3)-(4)</p> <p>(5) Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe dürfen von den nach den Absätzen 3 und 4 eingesehenen Daten nur <b>folgende Daten speichern:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. den Umstand <b>der Einsichtnahme</b>,</li> <li>2. das Datum des Führungszeugnisses und</li> <li>3. die Information, ob die das Führungszeugnis betreffende Person we-</li> </ol>	<p><b>§ 72a Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen</b></p> <p>(1) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe dürfen für die Wahrnehmung der Aufgaben in der Kinder- und Jugendhilfe keine Person beschäftigen oder vermitteln, die rechtskräftig wegen einer Straftat nach den §§ 171, 174 bis 174c, 176 bis 180a, 181a, 182 bis 184g, <b>184j</b>, 225, 232 bis 233a, 234, 235 oder 236 des Strafgesetzbuchs verurteilt worden ist. Zu diesem Zweck sollen sie sich bei der Einstellung oder Vermittlung und in regelmäßigen Abständen von den betroffenen Personen ein Führungszeugnis nach § 30 Absatz 5 und § 30a Absatz 1 des Bundeszentralregistergesetzes vorlegen lassen.</p> <p>(3)-(4)</p> <p>(5) Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe dürfen von den nach den Absätzen 3 und 4 eingesehenen Daten nur <b>folgende Daten speichern:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. den Umstand <b>der Einsichtnahme</b>,</li> <li>2. das Datum des Führungszeugnisses und</li> <li>3. die Information, ob die das Führungszeugnis betreffende Person we-</li> </ol>	
--	--	--	--

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	--	-----------

<p>Die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe dürfen diese erhobenen Daten nur speichern, verändern und nutzen, soweit dies zum Ausschluss der Personen von der Tätigkeit, die Anlass zu der Einsichtnahme in das Führungszeugnis gewesen ist, erforderlich ist. Die Daten sind vor dem Zugriff Unbefugter zu schützen. Sie sind unverzüglich zu löschen, wenn im Anschluss an die Einsichtnahme keine Tätigkeit nach Absatz 3 Satz 2 oder Absatz 4 Satz 2 wahrgenommen wird. Andernfalls sind die Daten spätestens drei Monate nach der Beendigung einer solchen Tätigkeit zu löschen.</p>	<p>gen einer in Absatz 1 Satz 1 <b>genannten Straftat</b> rechtskräftig verurteilt worden ist.</p> <p>Die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe dürfen <b>die gespeicherten</b> Daten nur verändern und nutzen, soweit dies erforderlich ist, <b>um die Eignung einer Person für die Tätigkeit, die Anlass zu der Einsichtnahme in das Führungszeugnis gewesen ist, zu prüfen</b>. Die Daten sind vor dem Zugriff Unbefugter zu schützen. Sie sind unverzüglich zu löschen, wenn im Anschluss an die Einsichtnahme keine Tätigkeit nach Absatz 3 Satz 2 oder Absatz 4 Satz 2 wahrgenommen wird. Andernfalls sind die Daten spätestens <b>sechs</b> Monate nach Beendigung einer solchen Tätigkeit zu löschen.</p>	<p>gen einer in Absatz 1 Satz 1 <b>genannten Straftat</b> rechtskräftig verurteilt worden ist.</p> <p>Die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe dürfen <b>die gespeicherten</b> Daten nur verändern und nutzen, soweit dies erforderlich ist, <b>um die Eignung einer Person für die Tätigkeit, die Anlass zu der Einsichtnahme in das Führungszeugnis gewesen ist, zu prüfen</b>. Die Daten sind vor dem Zugriff Unbefugter zu schützen. Sie sind unverzüglich zu löschen, wenn im Anschluss an die Einsichtnahme keine Tätigkeit nach Absatz 3 Satz 2 oder Absatz 4 Satz 2 wahrgenommen wird. Andernfalls sind die Daten spätestens <b>sechs</b> Monate nach Beendigung einer solchen Tätigkeit zu löschen.</p>	
<p><b>§§ 74 und 74a</b></p>	<p><b>→§§ 77 und 77a</b></p>	<p><b>→§§ 77 und 77a</b></p>	
<p><b>§§ 75 und 76</b></p>	<p><b>→§§ 74 und 75</b></p>	<p><b>→§§ 74 und 75</b></p>	
<p><b>§ 77 Vereinbarungen über die Höhe der Kosten</b> Werden Einrichtungen und Dienste der Träger der freien Jugendhilfe in Anspruch genommen, so sind Vereinbarungen über die Höhe der Kosten der Inanspruchnahme zwischen der öffentlichen und der</p>	<p><b>§ 78 Vereinbarungen über Entgelte und Leistungen ambulanter Angebote</b> (1) Werden Einrichtungen und Dienste der Träger der freien Jugendhilfe in Anspruch genommen, so sind Vereinbarungen über die Höhe der Kosten</p>	<p><b>§ 78 Vereinbarungen über die Höhe der Kosten</b> (1) Werden Einrichtungen und Dienste der Träger der freien Jugendhilfe in Anspruch genommen, so sind Vereinbarungen über die Höhe der Kosten</p>	<p>Der Gesetzgeber möchte erreichen, dass mit dem anzustrebenden Abschluss einer Leistungs- und Qualitätssicherungsvereinbarung, neben der Vereinbarung über die Höhe der Kosten, "... die örtlichen Träger die Möglichkeit erhalten, Qualität und Inhalt</p>

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	--	-----------

<p>freien Jugendhilfe anzustreben. Das Nähere regelt das Landesrecht. Die §§ 78a bis 78g bleiben unberührt.</p>	<p>der Inanspruchnahme <b>sowie über Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung, über Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität der Leistung und über geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung</b> zwischen der öffentlichen und der freien Jugendhilfe anzustreben. Das Nähere regelt das Landesrecht. Die §§ 78a bis 78g bleiben unberührt.</p> <p><b>(2) Wird eine Leistung nach § 37 Absatz 2 erbracht, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme der Kosten der Inanspruchnahme nur verpflichtet, wenn mit den Leistungserbringern Vereinbarungen über Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung, über Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität der Leistung sowie über geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung geschlossen worden sind; § 78b Absatz 2 Satz 1 und § 78e gelten entsprechend.</b></p>	<p>der Inanspruchnahme <b>sowie über Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung, über Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität der Leistung und über geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung</b> zwischen der öffentlichen und der freien Jugendhilfe <del>anzustreben</del> <b>abzuschließen</b>. Das Nähere regelt das Landesrecht. Die §§ 78a bis 78g bleiben unberührt.</p> <p><b>(2) Wird eine Leistung nach § 37 Absatz 2 erbracht, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme der Kosten der Inanspruchnahme nur verpflichtet, wenn mit den Leistungserbringern Vereinbarungen über Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung, über Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität der Leistung sowie über geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung geschlossen worden sind; § 78b Absatz 2 Satz 1 und § 78e gelten entsprechend.</b></p>	<p>der Leistung zu steuern," und dass sie so „...verlässliche Standards der Leistungserbringung definieren, vereinbaren, und deren Einhaltung überprüfen (können)“ (Gesetzesbegründung Seite 73).</p> <p>Das ist mit einer verbindlichen Formulierung wie „ist abzuschließen“ gegenüber „ist anzustreben“ besser zu erreichen.</p>
<p><b>§ 78 Arbeitsgemeinschaften</b> Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen die Bildung von Arbeitsgemeinschaften anstreben, in denen neben ihnen die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe sowie die Träger geförderter Maßnahmen vertreten</p>	<p><b>§ 76 Arbeitsgemeinschaften</b> Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen die Bildung von Arbeitsgemeinschaften anstreben, in denen neben ihnen die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe sowie die Träger geförderter Maßnahmen</p>	<p><b>§ 76 Arbeitsgemeinschaften</b> Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen die Bildung von Arbeitsgemeinschaften anstreben, in denen neben ihnen die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe sowie die Träger geförderter Maßnahmen</p>	

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	--	-----------

sind. In den Arbeitsgemeinschaften soll darauf hingewirkt werden, dass die geplanten Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden und sich gegenseitig ergänzen.	vertreten sind. In den Arbeitsgemeinschaften soll darauf hingewirkt werden, dass die geplanten Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden und sich gegenseitig ergänzen.	vertreten sind. In den Arbeitsgemeinschaften soll darauf hingewirkt werden, dass die geplanten Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden und sich gegenseitig ergänzen.	
<p><b>§ 78a Anwendungsbereich</b></p> <p>(1) Die Regelungen der §§ 78b bis 78g gelten für die Erbringung von</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Leistungen für Betreuung und Unterkunft in einer sozialpädagogisch begleiteten Wohnform (§ 13 Absatz 3),</li> <li>2. Leistungen in gemeinsamen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder (§ 19),</li> <li>3. Leistungen zur Unterstützung bei notwendiger Unterbringung des Kindes oder Jugendlichen zur Erfüllung der Schulpflicht (§ 21 Satz 2),</li> </ol> <p>4. Hilfe zur Erziehung</p> <p>a) in einer Tagesgruppe (§ 32),</p>	<p><b>§ 78a Anwendungsbereich der Entgeltfinanzierung</b></p> <p>(1) Die Regelungen der §§ 78b bis 78g gelten für die Erbringung von</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Leistungen für Betreuung und Unterkunft in einer sozialpädagogisch begleiteten Wohnform (§ 13 Absatz 3),</li> <li>2. Leistungen in gemeinsamen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder (§ 19),</li> <li>3. Leistungen zur Unterstützung bei notwendiger Unterbringung des Kindes oder Jugendlichen zur Erfüllung der Schulpflicht (§ 21 Satz 2),</li> </ol> <p>4. Hilfe zur Erziehung</p> <p>a) in einer Tagesgruppe (§ 32),</p>	<p><b>§ 78a Anwendungsbereich der Entgeltfinanzierung</b></p> <p>1) Die Regelungen der §§ 78b bis 78g gelten für die Erbringung von</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Leistungen für Betreuung und Unterkunft in einer sozialpädagogisch begleiteten Wohnform (§ 13 Absatz 3),</li> <li>2. Leistungen in gemeinsamen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder (§ 19),</li> <li>3. Leistungen zur Unterstützung bei notwendiger Unterbringung des Kindes oder Jugendlichen zur Erfüllung der Schulpflicht (§ 21 Satz 2),</li> <li>4. Leistungen der Beratung und Unterstützung bei der Ausübung des Umgangsrechts (§ 18 Abs. 3)</li> <li>4- 5. Hilfe zur Erziehung <ol style="list-style-type: none"> <li>a) in der sozialen Gruppenarbeit (§ 29)</li> <li>b) durch Erziehungsbeistand und Betreuungshelfer (§ 30)</li> <li>c) durch sozialpädagogische Familienhilfe (§ 31)</li> </ol> </li> <li>d) in einer Tagesgruppe (§ 32),</li> </ol>	<p>Ambulanten Hilfen haben i.d.R. Vorrang vor stationären Hilfen. Von daher sollten die ambulanten Leistungen in das System der Vereinbarungen von Leistung, Qualitätsentwicklung und Entgelt integriert werden. Das würde zu einer besser abgesicherten Finanzierung ambulanter Leistungen führen und die Steuerungsverantwortung der öffentlichen Jugendhilfe (gem. § 80) wird dadurch gestärkt (siehe Begründung oben zu § 77). Zu prüfen ist, ob alle ambulanten Leistungen an dieser Stelle aufgenommen werden können. In diesem Entwurf sind</p>

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 (kursiv) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	---	-----------

<p>b) in einem Heim oder einer sonstigen betreuten Wohnform (§ 34) sowie c) in intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung (§ 35), sofern sie außerhalb der eigenen Familie erfolgt, d) in sonstiger teilstationärer oder stationärer Form (§27), 5. Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche in a) anderen teilstationären Einrichtungen (§ 35a Absatz 2 Nummer 2 Alternative 2), b) Einrichtungen über Tag und Nacht sowie sonstigen Wohnformen (§ 35a Absatz 2 Nummer 4), 6. Hilfe für junge Volljährige (§ 41), sofern diese den in den Nummern 4 und 5 genannten Leistungen entspricht, sowie 7. Leistungen zum Unterhalt (§ 39), sofern diese im Zusammenhang mit Leistungen nach den Nummern 4 bis 6 gewährt werden; § 39 Absatz 2 Satz 3 bleibt unberührt. (2) Landesrecht kann bestimmen, dass die §§ 78b bis 78g auch für andere Leistungen nach diesem Buch sowie für vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (§ 42) gelten.</p>	<p>b) in einem Heim oder einer sonstigen betreuten Wohnform (§ 34) sowie c) in intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung (§ 35), sofern sie außerhalb der eigenen Familie erfolgt, d) in sonstiger teilstationärer oder stationärer Form (§27), 5. Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche in a) anderen teilstationären Einrichtungen (§ 35a Absatz 2 Nummer 2 Alternative 2), b) Einrichtungen über Tag und Nacht sowie sonstigen Wohnformen (§ 35a Absatz 2 Nummer 4), 6. Hilfe für junge Volljährige (§ 41), sofern diese den in den Nummern 4 und 5 genannten Leistungen entspricht, sowie 7. Leistungen zum Unterhalt (§ 39), sofern diese im Zusammenhang mit Leistungen nach den Nummern 4 bis 6 gewährt werden; § 39 Absatz 2 Satz 3 bleibt unberührt. (2) Landesrecht kann bestimmen, dass die §§ 78b bis 78g auch für andere Leistungen nach diesem Buch sowie für vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (§ 42) gelten.</p>	<p>e) in einem Heim oder einer sonstigen betreuten Wohnform (§ 34) sowie f) in intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung (§ 35), sofern sie außerhalb der eigenen Familie erfolgt, g) in sonstiger teilstationärer oder stationärer Form (§ 27),  6. Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche in a) anderen teilstationären Einrichtungen (§ 35a Absatz 2 Nummer 2 Alternative 2), b) Einrichtungen über Tag und Nacht sowie sonstigen Wohnformen (§ 35a Absatz 2 Nummer 4), 7. Hilfe für junge Volljährige (§ 41), sofern diese den in den Nummern 4 und 5 genannten Leistungen entspricht, sowie 8. Leistungen zum Unterhalt (§ 39), sofern diese im Zusammenhang mit Leistungen nach den Nummern 4 bis 6 gewährt werden; § 39 Absatz 2 Satz 3 bleibt unberührt. (2) Landesrecht kann bestimmen, dass die §§ 78b bis 78g auch für andere Leistungen nach diesem Buch sowie für vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (§§ 42,42a) gelten.</p>	<p>„nur“ jene ambulanten Hilfen aufgenommen, die zumeist über eine Fachleistungsstunde refinanziert werden.</p>
---	---	--	---

<b>SGB VIII</b> <b>(aktuell gültiger Gesetzestext)</b>	<b>Geszentwurf SGB VIII 27.06.2017</b>	<b>Vorschlag</b> <b>in Rot = Entwurf v. 27.06.2017</b> <b>in Orange = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 (kursiv)</b> <b>in Blau = eigener Vorschlag</b>	<b>Kommentar</b>
---	--	--	------------------

<p><b>§ 78b Voraussetzungen für die Übernahme des Leistungsentgelts</b></p> <p>(1) Wird die Leistung ganz oder teilweise in einer Einrichtung erbracht, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme des Entgelts gegenüber dem Leistungsberechtigten verpflichtet, wenn mit dem</p> <p>Träger der Einrichtung oder seinem Verband Vereinbarungen über</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Inhalt, Umfang und Qualität der Leistungsangebote (Leistungsvereinbarung),</li> <li>2. differenzierte Entgelte für die Leistungsangebote und die betriebsnotwendigen Investitionen (Entgeltvereinbarung) und</li> <li>3. Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität der Leistungsangebote sowie über geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung (Qualitätsentwicklungsvereinbarung) abgeschlossen worden sind.</li> </ol> <p>(2) Die Vereinbarungen sind mit den Trägern abzuschließen, die unter Berücksichtigung der Grundsätze der Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zur Erbringung der</p>	<p><b>§ 78b Voraussetzungen für die Übernahme des Leistungsentgelts</b></p> <p>(1) Wird die Leistung ganz oder teilweise in einer Einrichtung erbracht, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme des Entgelts gegenüber dem Leistungsberechtigten verpflichtet, wenn mit dem</p> <p>Träger der Einrichtung oder seinem Verband Vereinbarungen über</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Inhalt, Umfang und Qualität der Leistungsangebote (Leistungsvereinbarung),</li> <li>2. differenzierte Entgelte für die Leistungsangebote und die betriebsnotwendigen Investitionen (Entgeltvereinbarung) und</li> <li>3. Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität der Leistungsangebote sowie über geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung (Qualitätsentwicklungsvereinbarung) abgeschlossen worden sind.</li> </ol> <p>(2) Die Vereinbarungen sind mit den Trägern abzuschließen, die unter Berücksichtigung der Grundsätze der Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zur Erbringung der Leistung</p>	<p><b>§ 78b Voraussetzungen für die Übernahme des Leistungsentgelts</b></p> <p>(1) Wird die Leistung ganz oder teilweise in einer Einrichtung erbracht, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme des Entgelts gegenüber dem Leistungsberechtigten verpflichtet, wenn mit dem</p> <p>Träger der Einrichtung oder seinem Verband Vereinbarungen über</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Inhalt, Umfang und Qualität der Leistungsangebote (Leistungsvereinbarung),</li> <li>2. differenzierte Entgelte für die Leistungsangebote und die betriebsnotwendigen Investitionen (Entgeltvereinbarung) und</li> <li>3. Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität der Leistungsangebote sowie über geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung (Qualitätsentwicklungsvereinbarung) abgeschlossen worden sind.</li> </ol> <p>(2) Die Vereinbarungen sind mit den Trägern abzuschließen, die unter Berücksichtigung der Grundsätze der Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zur Erbringung der Leistung</p>	<p>§78f ist ersatzlos zu streichen</p>
---	--	--	--

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 (kursiv) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	---	-----------

<p>Leistung geeignet sind. Vereinbarungen über die Erbringung von Hilfe zur Erziehung im Ausland dürfen nur mit solchen Trägern abgeschlossen werden, die</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. anerkannte Träger der Jugendhilfe oder Träger einer erlaubnispflichtigen Einrichtung im Inland sind, in der Hilfe zur Erziehung erbracht wird,</li> <li>2. mit der Erbringung solcher Hilfen nur Fachkräfte im Sinne des § 72 Absatz 1 betrauen und</li> <li>3. die Gewähr dafür bieten, dass sie die Rechtsvorschriften des Aufenthaltslandes einhalten und mit den Behörden des Aufenthaltslandes sowie den deutschen Vertretungen im Ausland zusammenarbeiten.</li> </ol> <p>(3) Ist eine der Vereinbarungen nach Absatz 1 nicht abgeschlossen, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme des Leistungsentgelts nur verpflichtet, wenn dies insbesondere nach Maßgabe der Hilfeplanung (§ 36) im Einzelfall geboten ist.</p>	<p>geeignet sind. Vereinbarungen über die Erbringung von Hilfe zur Erziehung im Ausland dürfen nur mit solchen Trägern abgeschlossen werden, die <b>die Maßgaben nach § 38 Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe a und b erfüllen.</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li><b>1. anerkannte Träger der Jugendhilfe oder Träger einer erlaubnispflichtigen Einrichtung im Inland sind, in der Hilfe zur Erziehung erbracht wird,</b></li> <li><b>2. mit der Erbringung solcher Hilfen nur Fachkräfte im Sinne des § 72 Absatz 1 betrauen und</b></li> <li><b>3. die Gewähr dafür bieten, dass sie die Rechtsvorschriften des Aufenthaltslandes einhalten und mit den Behörden des Aufenthaltslandes sowie den deutschen Vertretungen im Ausland zusammenarbeiten.</b></li> </ol> <p><b>(3) Ist eine der Vereinbarungen nach Absatz 1 nicht abgeschlossen, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme des Leistungsentgelts nur verpflichtet, wenn dies insbesondere nach Maßgabe der Hilfeplanung (§ 36) im Einzelfall geboten ist.</b></p>	<p>geeignet sind. Vereinbarungen über die Erbringung von Hilfe zur Erziehung im Ausland dürfen nur mit solchen Trägern abgeschlossen werden, die <b>die Maßgaben nach § 38 § 36 c Absatz 2 Buchstabe a-b erfüllen.</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li><b>1. anerkannte Träger der Jugendhilfe oder Träger einer erlaubnispflichtigen Einrichtung im Inland sind, in der Hilfe zur Erziehung erbracht wird,</b></li> <li><b>2. mit der Erbringung solcher Hilfen nur Fachkräfte im Sinne des § 72 Absatz 1 betrauen und</b></li> <li><b>3. die Gewähr dafür bieten, dass sie die Rechtsvorschriften des Aufenthaltslandes einhalten und mit den Behörden des Aufenthaltslandes sowie den deutschen Vertretungen im Ausland zusammenarbeiten.</b></li> </ol> <p><b>(3) Ist eine der Vereinbarungen nach Absatz 1 nicht abgeschlossen, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme des Leistungsentgelts nur verpflichtet, wenn dies insbesondere nach Maßgabe der Hilfeplanung (§ 36) im Einzelfall geboten ist.</b></p>	
--	---	---	--

<b>SGB VIII</b> <b>(aktuell gültiger Gesetzestext)</b>	<b>Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017</b>	<b>Vorschlag</b> <b>in Rot = Entwurf v. 27.06.2017</b> <b>in Orange = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 (kursiv)</b> <b>in Blau = eigener Vorschlag</b>	<b>Kommentar</b>
---	--	--	------------------

<p><b>§ 78f Rahmenverträge</b></p> <p>Die kommunalen Spitzenverbände auf Landesebene schließen mit den Verbänden der Träger der freien Jugendhilfe und den Vereinigungen sonstiger Leistungserbringer auf Landesebene Rahmenverträge über den Inhalt der Vereinbarungen nach § 78b Absatz 1. Die für die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 85 Absatz 2 Nummer 5 und 6 zuständigen Behörden sind zu beteiligen.</p>	<p><b>§ 78f Rahmenverträge</b></p> <p>(1) Die kommunalen Spitzenverbände auf Landesebene schließen mit den Verbänden der Träger der freien Jugendhilfe und den Vereinigungen sonstiger Leistungserbringer auf Landesebene Rahmenverträge über den Inhalt der Vereinbarungen nach § 78b Absatz 1. Die für die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 85 Absatz 2 Nummer 5 und 6 zuständigen Behörden sind zu beteiligen.</p> <p>(2) Im Hinblick auf vorläufige Maßnahmen und Leistungen für unbegleitete ausländische junge Menschen können die obersten Landesjugendbehörden mit den kommunalen Spitzenverbänden auf Landesebene und den Verbänden der Träger der freien Jugendhilfe und den Vereinigungen sonstiger Leistungserbringer auf Landesebene Rahmenverträge über den Inhalt der Vereinbarungen nach § 78b Absatz 1 schließen; vom Abschluss dieser Verträge und ihrer Beachtung bei den Vereinbarungen nach</p> <p>§ 78b Absatz 1 kann das Land die Kostenerstattung nach § 89d Absatz 1 abhängig machen.</p>	<p><b>§ 78f Rahmenverträge</b></p> <p><del>(1)</del> Die kommunalen Spitzenverbände auf Landesebene schließen mit den Verbänden der Träger der freien Jugendhilfe und den Vereinigungen sonstiger Leistungserbringer auf Landesebene Rahmenverträge über den Inhalt der Vereinbarungen nach § 78b Absatz 1. Die für die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 85 Absatz 2 Nummer 5 und 6 zuständigen Behörden sind zu beteiligen.</p> <p><del>(2) Im Hinblick auf vorläufige Maßnahmen und Leistungen für unbegleitete ausländische junge Menschen können die obersten Landesjugendbehörden mit den kommunalen Spitzenverbänden auf Landesebene und den Verbänden der Träger der freien Jugendhilfe und den Vereinigungen sonstiger Leistungserbringer auf Landesebene Rahmenverträge über den Inhalt der Vereinbarungen nach § 78b Absatz 1 schließen; vom Abschluss dieser Verträge und ihrer Beachtung bei den Vereinbarungen nach</del></p> <p><del>§ 78b Absatz 1 kann das Land die Kostenerstattung nach § 89d Absatz 1 abhängig machen.</del></p>	
--	---	--	--

SGB VIII (aktuell gültiger Gesetzestext)	Gesetzentwurf SGB VIII 27.06.2017	Vorschlag in <b>Rot</b> = Entwurf v. 27.06.2017 in <b>Orange</b> = inoffizieller Entwurf v. 23.08.2016 ( <i>kursiv</i> ) in <b>Blau</b> = eigener Vorschlag	Kommentar
---	-----------------------------------	---	-----------

Zu den weiteren Paragrafen erfolgt keine Positionierung.